

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer...
Einzeln 5 Pfennig...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeleitete Solonelle...
Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonntag, den 6. Februar 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Zeppelinangriff auf Dünaburg.

Die kommende Ernte.

In wenigen Wochen beginnt die Frühjahrsernte der Acker, von deren Erfolg im hohen Grade der Ausfall der nächsten Ernte abhängen wird.

Grund genug, die einheimische landwirtschaftliche Produktion bis zu den äußersten Grenzen der Leistungsfähigkeit anzupressen.

Nun stellt sich heraus, daß es mit der vielgerühmten Organisation unserer Wirtschaft nach dieser Richtung keineswegs so gut steht, wie enthusiastische Dilettanten, nicht zuletzt in den Reihen unserer Partei, uns glauben machen wollen.

Daß für eine solche Anspannung der Produktion in vielen Betrieben die Bedingungen fehlen, unterliegt freilich keinem Zweifel. Vielsach fehlt es an den Betriebsleitern, was ganz besonders für die bäuerlichen Betriebe zutrifft.

Aber man sollte sich darüber klar sein, daß es sich nicht um einen absoluten Mangel an Produktionskräften und Produktionsmitteln handelt, sondern im Gegenteil die vorhandenen Kräfte und Stoffe in der deutschen Volkswirtschaft vorhanden sind, um allen verfügbaren Boden wie einen Garten zu bestellen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 5. Februar 1916. (W. Z. W.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein kleiner englischer Vorstoß südlich des Kanals von La Bassée wurde abgewiesen.

Ein durch Wurfminenfeuer vorbereiteter französischer Handgranateneingriff südlich der Somme brach in unserem Artilleriefeuer zusammen.

In der Champagne und gegen einen Teil unserer Argonnenfront unterhielt die feindliche Artillerie am Nachmittag schweres Feuer.

Französische Sprengungen auf der Höhe von Banquois (östlich der Argonnen) richteten geringen Schaden an unseren Sappen an.

Unsere Artillerie beschloß ausgiebig die feindlichen Stellungen auf der Vogesenfront zwischen Diedolschansen und Sulzern.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Front keine besonderen Ereignisse.

Eins unserer Lastschiffe griff die Befestigungen von Dünaburg an.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 5. Februar. (W. Z. W.) Amtlich wird veröffentlicht, 5. Februar 1916:

Auf allen drei Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalkriegsstabes: von Doerfer, Feldmarschalleutnant.

gestäubt ist, weil sie gemeinsames Handeln erfordert, dieses zu bessern.

An motorischer Kraft sollte es in Deutschland mit seiner gewaltig entwickelten Maschinenindustrie nicht fehlen. Freilich ist die Herstellung von Maschinengerechten heute wohl ein rentableres Geschäft, als die Herstellung von Dampfpflügen und anderen landwirtschaftlichen Maschinen.

Was der planvollen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hemmend entgegensteht, ist, allgemein gesprochen, nicht der Mangel an Kraft und Produktionsmittel, sondern die Bedingungen der Einzelwirtschaft.

Die Anhänger der Privatwirtschaft behaupten allerdings, man könne auch ohne Eingriffe in diese Wirtschaftsorganisation durchkommen und ihr Universalheilmittel lautet — hohe Preise.

Wir stehen daher vor der verhängnisvollen Frage, ob in dem neuen Erntejahr durch organisatorische Maßnahmen die Produktion von Lebensmitteln auf das höchst erreichbare Maß gebracht werden soll, oder ob unter dem bisherigen Gehalten es dahin kommen soll, daß die extensive Wirtschaft weitere Verheerung anrichten soll.

Noch keine Friedensunterhandlungen mit Montenegro.

Wien, 5. Februar. (W. Z. W.) Die Blätter erfahren von gut unterrichteter Seite, daß die Friedensverhandlungen mit Montenegro, wo übrigens volle Ruhe herrscht und die Bevölkerung den österreichisch-ungarischen Truppen überaus freundlich entgegenkommt, noch nicht begonnen haben und erst dann in Angriff genommen werden, wenn die in Montenegro verbliebenen Persönlichkeiten in der Lage sind, einwandfreie Vollmacht dafür aufzuweisen, daß sie berechtigt sind, mit dem österreichisch-ungarischen Armeekommando in Friedensverhandlungen einzutreten.

Nika nimmt in Lyon sein Domizil.

Lyon, 5. Februar. (W. Z. W.) Meldung der Agence Havas. Die montenegrinische Königsfamilie soll sich endgültig in einer Villa der Umgebung von Lyon niederlassen.

Anklageverfahren gegen dreizehn bulgarische Abgeordnete.

Sofia, 5. Februar. (W. Z. W.) Der Untersuchungsrichter ersuchte die Sobranje, die Verhaftung von dreizehn Abgeordneten der Genabiergruppe zu gestatten, welche beschuldigt werden, Bestechungsgelder von dem französischen Agenten Descloiers genommen zu haben.

Sofia, 5. Februar. Vom Sonderberichterstatter des W. Z. W. Ueber die Vorgeschichte des Asfantrags gegen die dreizehn Abgeordneten erfahren wir: Bekanntlich hatte die französische Regierung im letzten Sommer den Agenten Descloiers nach Bulgarien entsandt, um Getreideankäufe größten Umfangs zu machen.

Die bulgarische Robilmachung setzte den Verhandlungen ein Ende. Nach Kriegsausbruch leiteten die Gerichtsbehörden eine Untersuchung wegen des Verdachts ein, daß das Getreidegeschäft nur vorgegeben sei, und die Bestechungsgelder darstellen. Nachdem bereits früher vier Abgeordnete verhaftet waren, stellte, wie kurz gemeldet, der Untersuchungsrichter bei der Sobranje den Antrag, die Verhaftung von neun weiteren Abgeordneten zu gestatten und den Protest der vier verhafteten Abgeordneten zurückzuweisen.

Keine Einberufungen in Rumänien.

Berlin, 5. Februar. (W. Z. W.) Nach Erkundigung an maßgebender Stelle ist die von einer Korrespondenz gebrachte Nachricht über die Einziehung des Jahrganges 1896 der rumänischen Armee falsch.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. Februar. (W. Z. W.) Amtlicher Bericht von Freitag nachmittag. Es ist kein besonderes Ereignis während der Nacht zu melden, außer den Vogesen, wo die Artillerie auf beiden Seiten sich am Braunkopf, im Pfälzthal und bei Altmatt, nordwestlich von Megeral ziemlich lebhaft zeigte.

Paris, 5. Februar. (W. Z. W.) Amtlicher Bericht von Freitag abend. Der Tag war verhältnismäßig ruhig. Unsere schwere Artillerie schoß auf eine Infanteriekolonnen und auf feindliche Abteilungen, die in Ruhe einzogen. Weichung der deutschen Werke in der Champagne (Gegend von Zahure und Mont Tein), in den Argonnen (Abschnitt Le Parajee) und in Lothringen (auf der Front Romeny—Morville). Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden.

Die englische Meldung.

London, 5. Februar. (W. Z. W.) Amtlicher Kriegsbericht vom Freitag. Unsere Artillerie trat heute gegen die feindlichen Schützengräben zwischen dem Acre und der Somme in Tätigkeit. Unsere Schützengräben bei Oberdinghe wurden festig beschossen.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 5. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 4. Februar. In der Gegend von Platenen, östlich der Straße von Mitau, zerstörte Teile unserer Artillerie mit Hilfe von Handgranaten die Deutschen und lehrten ohne Verluste zurück. Südlich Neßfel verfuhr der Feind im Laufe der Nacht Arbeiten auf der Düna auszuführen, wurde aber durch unser Feuer verprengt.

Auf einem Erkundungsflug nördlich des Paroczeles bewarfen unsere Flugzeuge, bestial beschossen von der feindlichen Artillerie, die feindlichen Linien und Trains, die auf dem Wege nach Widly bemerkt worden waren, mit Bomben und lehrten glücklich aus dem Feuer der schweren und leichten Geschütze zurück.

Südlich Dubno gebrauchten die Oesterreicher, um einen Angriff abzuweisen, Apparate, welche 30 bis 40 Meter Flammen warfen.

Auf der Front der mittleren Strypa warf ein Flugzeug von uns Bomben auf den Bahnhof Jezzierna (28 Kilometer nordwestlich Zarnopol) und auf das dort vorhandene rollende Material. — Am Enjester setzte der Feind die bestial Beschussung unserer Gräben mit schwerer und leichter Artillerie fort. Unsere schwere Artillerie beschoss, unterstützt durch Beobachtung aus Flugzeugen, die feindlichen Batterien in der Gegend der Dörfer Lovorouy und Marancze (15 und 12 Kilometer nordöstlich Czernowiz). — Nordwestlich von Wosjan erreichten unsere Artillerie einen vom Feinde besetzten Minenrichter, bewarfen ihn mit Handgranaten, vertrieben die Oesterreicher, sprengten zwei verdeckte Minengänge, die unter unsere Gräben führten und schütteten den Trichter zu.

A u l a s. Unsere Truppen verfolgen weiter den Feind, trotz des unwegigen Geländes, trotz Felsen, Engpässen und Schneefürmen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 4. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. In der Nacht zum 2. richtete der Feind auf unsere Stellungen am Col di Lana (Hoch-Cordevole), nachdem er sie durch zahlreiche geworfene Handgranaten beschädigt hatte, einen heftigen Angriff. Er wurde vollständig zurückgeschlagen. Am frühen Morgen stellten unsere Aufklärungsabteilungen, die aus ihren Linien herauskamen, ohne daß sie der Feind zu beschäftigen wagte, auf dem Gelände schwere Verluste fest, die der Gegner während des nächtlichen Angriffs erlitten hatte. Im Abschnitt vor La Tosana (Hoch-Boite) zerstreuten wirksame Schüsse unserer Batterien feindliche Abteilungen und fügten ihnen Verluste zu. Am Monzo feindliche Artillerietätigkeit, die hauptsächlich ihre Schüsse auf bewohnte Orte richtete. Unsere Batterien antworteten und richteten ein Spreckfeuer hinter die feindliche Linie. Zwei feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf Gorgo im Gradofumpf, wo sie nur leichten Schaden anrichteten.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 4. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht: In der Frontfront versuchte der Feind mit einem Teil seiner Kräfte von Belahie vorzustößen. Er wurde durch unseren Gegenangriff zurückgeworfen und gezwungen, sich auf seine früheren Stellungen zurückzuziehen.

An der Kaukasusfront kam es in verschiedenen Abschnitten zu Vorpostengefechten und zu örtlichen, noch fort-dauernden Kämpfen. Sonst nichts von Bedeutung.

Die deutsche „Lusitania“-Note überreicht.

Washington, 5. Februar. (W. Z. V.) Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff hat dem Staatssekretär Lansing die letzte Mitteilung Deutschlands über den „Lusitania“-Fall überreicht.

Das Schicksal der „Appam“.

Washington, 4. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Die Regierung hat sich zugunsten des deutschen Anspruches entschieden, daß der preussisch-amerikanische Vertrag im „Appam“-Fall anzuwenden sei. Die Interpretation der Bestimmungen des Vertrages bleibt jedoch noch zu bestimmen.

Front- und Etappensoldaten.

Stappensquartier, 28. Januar 1916.

An der Düna entlang wuchsen in den letzten Jahrzehnten mehrere Städte mit modernem gewerblichen Leben heraus. Düna ist wohl mit Recht als ein schon heute bedeutender zentraler Handels- und Verkehrspunkt. Mitau sah in seinen Mauern ein reiches industrielles Leben sich entwickeln. Trotz mancherlei russischer Schikanen ließ sich seinen Rang als einer der wichtigsten Hafenplätze nicht freitig machen. Alle geistigen Strömungen finden hier willige Beachtung und vielfach Bereicherung. Libau rang sich zu einer im weltwirtschaftlichen Verkehr mit-absehenden Hafenstadt empor, und auch Windau erlangte durch seinen Hafen, der in Zukunft zu einem der ersten Umschlagplätze an der Dniepr heranziehen kann, bereits eine gewisse Bedeutung. An der ehemaligen russländischen Hauptstadt, die von den genannten Städten wie von einem Kranze umgeben wird, rauschte der Strom der wirtschaftlichen Entwicklung mit seinem Pluten und Leiben fast spurlos vorüber. Das moderne Hasten und Jagen nach Erwerb und Gewinn, das Großzügige auf allen Gebieten des gewerblichen und gesellschaftlichen Lebens hatte in Mitau keine Befähigung. Die Riesenschritte der technischen Entwicklung gingen über die frühere herzogliche Residenz hinweg. Sie erhob sich kaum über die Grenzen eines bescheidenen, stillen, verträumten Landstädtchens hinaus. Zwar erhielt es einige Fabriken, aber sie geben der Stadt kein Gepräge. Der bauliche Charakter der Stadt ist in den letzten Jahren allerdings etwas geändert worden. In verschiedenen Straßen reden sich zwischen den alten gemütlichen Holzhäusern und dem in Kolonnaden und Vorhöfen gehaltenen öffentlichen Bauten sowie den ehemaligen Winterquartieren der baltischen Barone prächtig hohe Mietshäuser und andere Spekulationsbauten empor. In der Gegend von Mitau ist eine Reihe von Ziegeleien entstanden. Als die Konkurrenz den Preis der Erzeugnisse stark herabgedrückt hatte, errichteten mehrere Besitzer die erwähnten Bauten, um auf diese Weise entweder als Wohnungsvermieter oder beim Verkauf der Häuser ein besseres Geschäft zu machen, als wenn sie die Steine zu dem niedrigen Marktpreis verkaufen. Das verursachte natürlich im Kreise der Besitzer alter Häuser und bei den fünfjährigen Baumeistern einige Aufregung. Mitau selbst wurde dadurch in seinem Dornröschenschlaf wenig gestört. Hierher zogen sich Leute zurück, die in Ruhe und Verschaulichkeit ihr Leben beschließen wollten. Man vermied große Aufregung, begnügte sich mit etwas Weisheit, Literatur und Musik. Der Besuch eines Seebades oder eine Sommerreise unterbrach den sonst ruhigen Fluß des Lebens. Der Kaufmann, der seinen Laden aufmachte, hatte keine weltumspannenden Pläne. Er befriedigte die Bedürfnisse der Mitauer und der Landleute aus der Umgebung. Darüber hinaus gingen seine Wünsche und seine Unternehmungslust im allgemeinen nicht.

Früher allerdings, zur Zeit herzoglicher Macht und ritterschaftlichen Glanzes, war Mitau die Stätte prunkvoller lärmender, höfischen Lebens, rauschender Feste, politischer Intrigen und Verdr. Auf Anstiften Herzog Wilhelms wurden hier auf dem Markte im

Washington, 4. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Lansing erklärte, daß die einzige Frage, um die es sich jetzt handele, die ist, wie lange die „Appam“ noch in amerikanischen Gewässern bleiben darf. Der Vertrag mit Preußen bestimmt, daß Prisen der deutschen Flotte frei in amerikanischen Gewässern aus- und einfahren dürfen. Von deutscher Seite wird gesagt, daß die „Appam“ so lange in Hampton Roads bleiben darf, als die Untersuchung des deutschen Prisengerichts dauert.

Die Kämpfe in Kamerun.

London, 4. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Der Befehlshaber in Kamerun meldet, daß sich wieder 88 Bewaffnete von dem Rest der deutschen Truppen den Franzosen ergeben haben. Eine starke französische Kolonne rückt auf die spanische Grenze zu.

Grenzgefecht in Deutsch-Ostafrika.

London, 4. Februar. (W. Z. V.) Das Neuterische Bureau erfährt, daß in London soeben ein Bericht von einem Gefecht eingetroffen ist, welches im Dezember in Zomba an der rhodesisch-deutschen Grenze stattgefunden hat. Der Feind, welcher zweihundert Mann zählte und mit Maschinengewehren ausgerüstet war, griff einen Posten an, der von sieben Europäern und zwanzig Mann der rhodesischen Polizei, die ein Maschinengewehr besaß, verteidigt wurde. Nach anderthalbstündigem Gefecht zogen sich die Deutschen zurück.

Eine Kritik an Vandervelde.

Zur Beurteilung der Stimmung, die wenigstens bei einem Teil der Besucher der Vanderveldeschen Versammlungen in der Schweiz herrschte, kann ein von einer Gruppe „internationaler Sozialisten“ herausgegebener „offener Brief an Vandervelde“ dienen, der in den Versammlungen in Genf, La Chaux de Fonds, Biel, Pruntrut usw. an die Anwesenden verteilt wurde. Wir geben im folgenden einige Stellen des „offenen Briefes“ wieder:

„Mit den wärmsten Gefühlen haben die Unterzeichneten sympathisiert und sympathisieren von Herzen weiterhin mit dem belgischen Volke und vor allem mit den belgischen Arbeitern, die von so viel Unglück und Leiden heimgeführt wurden. Aber wir können auch das Unglück und die Leiden nicht vergessen, welche die Armeen des mit dem belgischen König verbündeten russischen Jaren über die unglückliche Bevölkerung Galiziens gebracht haben. . . .

„Erinnern Sie sich, Herr Vandervelde, der Resolutionen der internationalen Kongresse und besonders des Baseler Kongresses, dem Sie präsidieren haben. Indem Sie diesen Krieg voraussetzten, haben Sie ihn als einen imperialistischen Krieg gekennzeichnet und erklärt, daß die sozialistischen Parlamentarier gemeinsam mit dem internationalen sozialistischen Bureau die Pflicht haben, zu intervenieren, um den Krieg so rasch als möglich zu beendigen und mit allen ihren Kräften die ökonomische und politische Krise zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunützen. . . . Alle Sozialisten haben diesem Manifest gegenüber Treue gelobt. Aber die Sozialpatrioten aller Länder und Sie, Herr Vandervelde in erster Linie, haben diese Treue gebrochen. . . .

„Der seiner Klasse treu bleiben will, muß wenigstens mit der Zimmerwalder Konferenz sagen, . . . daß die sozialistischen Minister Geiseln sind, um die „heilige Einigkeit“ aufrechtzuerhalten, daß sie dadurch vor der Arbeiterklasse, vor ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft die Verantwortung für diesen Krieg und seine Ziele mit den herrschenden Klassen übernommen haben, und daß das internationale sozialistische Bureau in seiner Aufgabe vollständig versagt hat. . . .

„Bei aller Schärfe dieser Kritik ist sie doch bei denjenigen Genossen berechtigt, die nicht einseitig gegen Vandervelde und seine Freunde vorgehen, sondern seine Gesinnungsgenossen in allen Ländern bekämpfen, um die internationale Aktionsfähigkeit des Proletariats wiederherzustellen.“

Die Musterung für die Internationale.

Man schreibt uns aus Amsterdam: Durch einen Teil der Presse — besonders der bürgerlichen — ist vor einigen Tagen eine von der „Internationalen Korrespondenz“

wiedergegebene französische Äußerung über die „Bedingungen“ gegangen, unter denen die deutsche Sozialdemokratie wieder in die Internationale aufgenommen werden könne. Der Aufsteller dieser Bedingungen, die die von der „patriotischen“ Gruppe der französischen Syndikalisten herausgegebene Pariser „Gazette“ veröffentlicht hat, ist Herr Charles Albert, und schon dieser Umstand erregt es uns vollständig, diesen Bedingungen auch nur irgendeine Aufmerksamkeit zu schenken. Herr Charles Albert hat selbst nämlich nie der Internationale angehört. Dies kann man bekanntlich nur, sofern man Mitglied der sozialistischen Partei seines Landes ist. Herr Albert aber, ein anarchistischer Literat, ist nicht Mitglied der französischen sozialistischen Partei. Wenn er sich jetzt anmaßt, der Internationale Bedingungen vorzuschreiben oder auch nur vorzuschlagen, ist das eine lächerliche Willkür, die niemand ernst nehmen wird, der kein Interesse daran hat, die heute vorherrschenden Missetaten in und zwischen den sozialistischen Parteien zu verhärtigen. Uebrigens weiß jedermann, daß die deutsche Sozialdemokratie es gar nicht nötig hat, in die Internationale „wieder aufgenommen“ zu werden — sie hat eben nie aufgehört, ihr anzugehören. Der Sekretär des internationalen Bureaus, Genosse Camille Huysmans, hat dies überdies in seiner Arnheimer Rede ausdrücklich festgestellt. Was soll also das Albertsche Gedwänge? Sicher besteht bei den leitenden Personen der französischen Sozialdemokratie derzeit eine Abneigung, mit den Deutschen zu verhandeln. Aber die Internationale ist darum nicht aufgelöst. Und die französischen Sozialisten werden in keinem Fall sich bei den anarchistischen Dilettanten Rat ersuchen.

Die Arbeiterfrage nach dem Kriege.

Nach „Daily Express“ vom 31. Januar führte Lord Rothschild in einer Rede über die Arbeiterfrage auf der Jahresversammlung der Aylesbury Unionist Association etwa folgendes aus: „Ich meine, wir werden nach dem Kriege eine sehr ernste Krise haben. Ein großer Teil der Arbeiterschaft des Landes — und zwar die geduldeten Arbeiter, die 35—45 Schilling die Woche verdienen — ist unvernünftig zu einem Wochenverdienst von 5 bis zu 15 Pfund Sterling gekommen. Wenn behauptet worden ist, daß eine der schwierigsten Fragen nach dem Kriege sein wird, wie für die Invaliden oder die beschäftigungslosen Soldaten ein Auskommen zu finden ist, so halte ich das für ein Kinderpiel gegenüber der Frage, mit welchen Mitteln der Unzufriedenheit über den Lohnrückgang zu steuern sein wird, den die Heimkehrer erfahren werden, und der notwendigerweise eintritt, wenn die Herstellung von Kriegsbedarf einmal aufhört.“

Auch der Nachfolger des „Forward“ beschlagnahmt.

London, 4. Februar. (W. Z. V.) Das neue sozialistische Blatt „Worker“ in Glasgow wurde beschlagnahmt. Es war das Organ der schottischen Syndikalisten.

Wohllollende Neutralität.

Der „Labour Leader“ berichtet, daß das Mitglied der Arbeiterpartei G. J. Wardie bei der ersten Sitzung gegen das Militärdienstgesetz stimmte, daß sein Name jedoch bei der zweiten Sitzung weder unter denen, die mit Ja, noch bei denen, die mit Nein gestimmt hatten, zu finden war. Die Erklärung liegt in der Tatsache, daß Wardie aus bestimmten Gründen für das Gesetz stimmen wollte, aus anderen Gründen, zu denen die einstimmige Opposition der Exekutivkommission des Eisenbahnverbandes gehörte, das jedoch nicht gut konnte. Schließlich ging er nach Creme zu einer Versammlung, in der A. Wellamh sprach, um dort zu diskutieren und zu entscheiden. Das Ansglück wollte es, daß die lokale Organisation beifolien hatte, die Versammlung zu einer Antikonfiskationsdemonstration zu gestalten.

Ein Kollege versuchte ihn zu trösten. Wut, sagte er, alles ist in Ordnung — die Versammlung wird sich machen.

Die Sache für den Dienstzwang ist vergeben, die Sache gegen den Dienstzwang ist vergeben. Du kannst die Lüge ausfüllen und die Sache der Neutralität erörtern. — Ich freue mich von einem Korrespondenten aus Creme zu hören, daß der Mitarbeiter des „Labour Leader“ huzza, daß Mr. Wardies Neutralität wenigstens eine den Militärdienstgegnern treuherliche war.“

Jahre 1615 aus politischen Gründen die Brüder Gotthard und Magnus v. Rolde ermordet. Bei der Wahl der Herzöge spielten Geld, Heiratsprojekte und diplomatische Künste, von Arshlow, Polen und Schweden in Bewegung gesetzt, gewöhnlich eine große Rolle. Bürgerunruhen und der Kaiseraufruf im Jahre 1792 ließen es dem Herzog Peter Wixon geratet erscheinen, auf den Thron zu verzichten. Während der Bauer in Leibeigenschaft schmachtete, tobten Hof und Adel in oft ausgelassenen verschwenderischen Vergnügungen sich aus. Große Jagden rouschende Feste im Saal und in den Wäldern ab. Herzog Friedrich Kasimir erlaubte sich den Luxus einer italienischen Oper, einer Hofkapelle, einer Kallonerie (Hallen zur Jagd) und eines prächtigen Markstalls. Man war nicht anglisch und auch nicht prüde in dieser guten alten Zeit; im Auskosten derbsinnlicher Lebenslust vergingen diesen Kuserwästen des Glüds die Tage.

Jetzt haben in vielen Gebäuden, in denen einst der Hof und Adel sich ergötzt, militärische Kommandos ihr Quartier aufgeschlagen. Andere Gebäude wieder beherbergen Lazarette, Soldatenheime, Offizierskasinos, Depots, militärische Bureaus, Verwaltungen usw. Man rühmt nicht mit Unrecht das Organisationsnatel der Deutschen. Aber mit dem Talent allein ist noch nichts vollbracht. Was in diesem Kriege geleistet worden ist, erfordert eine Insumme von Arbeit und den Ausbau eines vielgestaltigen Apparats.

Als große Wohltat für die Soldaten hat sich die Einrichtung von Heimen erwiesen, wo ihnen zu mäßigen Preisen Speisen und Getränke verabfolgt werden, wo sie ausruhen können, wo ihnen Beso- und Schreibzimmer zur Verfügung stehen, und wo gelegentliche Konzerte und theatrale Unterhaltungen ihre Ruhestunden ausfüllen.

In Mitau hat das frühere Gesellschaftshaus der russischen Beamten und Offiziere ein derartiges Soldatenheim aufgenommen. Die Beso- und Schreibzimmer werden stark benutzt. Die Küche verabfolgt täglich 200 bis 300 Portionen Mittagessen. Danach kämen im Durchschnitt auf jeden Mittagsgast 1 1/2 Karren und Briefe, die allein im Heim geschrieben worden sind, wenn man die Postpost und die Zahl der Portionen in Vergleich stellt. Die Gesamtzahl der aus dem Heim in einem Monat ausgelieferten Postfächer betrug nämlich im vorigen Monat rund 10 000. Das zeigt davon, daß zwischen der Front und der Heimat ein lebhafter schriftlicher Verkehr unterhalten wird. Auch das Lesebüchlein ist sehr groß. Die Verwalterin einer bedeutenden Bibliothek in Mitau erzählte mir, daß noch niemals auch nur annähernd so viele Bücher entliehen worden wären, wie nach dem Einzuge der Deutschen. Die Soldaten geben im allgemeinen leichter Unterhaltungslektüre vor allen anderen Werken den Vorzug. Sie suchen Entspannung von dem Druck, der nach furchtbaren Erlebnissen den meisten auf der Seele lastet. Das Lesen von Romanen, Humoresken und Erzählungen bietet ihnen die gewünschte Ablenkung.

Den meisten Heimbesuchern wie überhaupt fast allen Soldaten steht man es an, ob sie lange in der Gefechtsfront waren und an Kämpfen teilgenommen haben, oder ob sie ihrer Dienstpflicht in gefahrlosem Bereich hinter der Kampffront genügt haben. Ich meine damit nicht die Verschiedenheit im allgemeinen Äußeren, in der Ausrüstung und in der Kleidung. In der Etappe gibt es Soldaten, die kaum ein Gewehr in der Hand hatten, manchen sieht man draußen ohne Waffe und ihre Uniformen tragen, abgesehen

von denen der Pioniere und Arbeitsoldaten, nur wenige Spuren von schweren Strapazen als die der eigentlichen Frontsoldaten. Den Unterschied findet man im Gesichtsausdruck. Es liegt etwas Gespanntes im Ausdruck des Frontsoldaten, gerade so wie überhaupt bei Menschen, die ihre Gedanken und ihre Aufmerksamkeit stark konzentriert. Das ist wahrscheinlich eine Folge des beständigen angelegten Beobachtens auf der Wache, im Schützengraben, bei Patrouillengängen und vor allem während der Kämpfe im Angriff als auch in der Verteidigung. Alle Sinne werden darauf eingestellt, Gefahren zu erspähen und abzuwehren, Mienen des Gegners zu erforschen und auszunützen. Je länger solche Anspannung andauert, um so stärker prägt sich ihre Wirkung in den Gesichtszügen aus. Das Auge wird leuchtend, ruhig, fast starr, wie stets auf einen Punkt gerichtet. Zudem ist der Soldat, der viel Schweres durchgemacht hat, viel furchtbarer erlebte, vielfach schweigsam, beinahe schein zurückhaltend. Selbstverständlich spielt bei den einzelnen in ihrem Verhalten der Grad der geistigen Regsamkeit und Elastizität, ihre Erziehung und ihr Charakter sowie auch ihre Weltanschauung und politische Neise eine große Rolle. Das nur Typische in der Psyche der Soldaten und in der Wirkung des Krieges auf ihr Seelenleben ist verhältnismäßig gering. Mindestens gibt es starke graduelle Unterschiede. Jedenfalls aber ist die Zahl der Remontisten, die von Heilstaten und glücklich bestandenen gefährlichen Abenteueren breis und wichtig erzählen, unter denen, die die Ereignisse nur aus der Ferne erlebt, verhältnismäßig größer als unter denen, die solche Gefahren wirklich durchlitten. Was sie erlebten, war oft so furchtbar, so entsetzlich, daß sie die Erinnerung daran aus ihrem Gedächtnis auslöschten mochten. Und je größer das Schreckliche war, das sie erleben mußten, um so stärker auch das unbewusste Bedürfnis, wenigstens jetzt nicht daran erinnern zu werden, es in der Erinnerung zu durchleben. Nur Eitelkeit kann solches Gefühl gänzlich unterdrücken und die Sucht in Selbstbespiegelung sich zu sonnen.

Im Gegensatz zu dem Frontsoldaten, der wirklich Schweres erlebte, das ihn mehr bedrückt als rein persönliche Strapazen und Entbehrungen, ist der Etappensoldat im allgemeinen durch den Krieg wenig verändert worden. In seinem Ausdruck liegt vielfach eine gewisse Behaglichkeit. Mit vielen Frontsoldaten haben wohl die meisten Uniformierten hinter der Front die Wünsche und sorgenden Gedanken gemein, die hinterher spinnen zu den Dahin-gebliebenen. Jedoch gibt es auch eine nicht geringe Anzahl von Soldaten, die im Kriege bequemer und sorgloser leben als im Frieden bei schwerer Berufsarbeit. Für den Familienvater, dem das Wohl seiner Angehörigen am Herzen liegt, mag dieser Umstand wenig Beruhigendes haben; die ledigen Soldaten, alle Soldaten, die nicht durch irgendwelche starken Bande mit der Heimat verbunden sind, beinfaßt die Befreiung von Sorge um Brot, Wohnung und Kleidung mehr oder minder erheblich. Sie finden ein anderes, ein angenehmeres Verhältnis zum Kriege und zu ihrer jetzigen Lage als die Familienväter, als die anderen Dienstpflichtigen, die vielleicht ein mühsam aufgebautes Geschäft schließen mußten oder sonstige ihre wirtschaftliche Existenz bedroht oder vernichtet sehen. Solche Leute denken, empfinden und wünschen naturgemäß auch anders als der Kreis jener Soldaten, denen der Krieg zu einem größeren Einkommen, zu einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage verholfen hat.

Zu den Erklärungen Salandras.

Bern, 5. Februar. (B. Z. B.) „Secolo“ berichtet aus Rom: Die politischen Erklärungen Salandras in Turin werden in allen Parteilagern sehr stark besprochen. Sie haben die leicht voraussehende Wirkung erreicht, das Feuer der Auseinandersetzungen wieder anzufachen und die nationale Einheit zu fördern, die das Ministerium als wichtigste Grundlage für sich selbst bezeichnet hatte. „Idea Nazionale“ macht folgende Bemerkung: Es hieße der Wahrheit ins Gesicht schlagen, wollte man behaupten, daß Salandra bei seiner letzten Rede in Turin einer glücklichen Eingebung gefolgt sei. Der Widerhall seiner Worte im Lande wird ihn sehr bald überzeugen, daß er sehr viel besser daran getan hätte, an seiner Absicht des Stillstehens festzuhalten, mit der er die Reise begonnen hatte. Die Zensur hätte wenigstens dies eine Mal gut daran getan, den wenig glücklichen Teil von Salandras Rede zu unterdrücken, in Erfüllung der vom Ministerpräsidenten ergangenen eigenen Bestimmungen, nach denen die Verbreitung von Nachrichten und Gedanken, die Uneinigkeit der Geister heraufbeschwören, verboten ist.

Die italienische Anleihe.

Rom, 5. Februar. (B. Z. B.) Agenzia Stefani. Infolge der letzten Zeichnungen im Laufe des Januar und der Einzahlungen in den letzten Tagen durch die dem Bankenkonzortium Angehörigen und andere Bankinstitute beträgt die Gesamtsumme der Zeichnungen auf die Kriegsanleihe 2625 Millionen Lire. In dieser Summe sind die direkt bei der Banca d'Italia bewirkten Zeichnungen von über achthundert Millionen mit enthalten.

Ein Beschluß der sozialistischen Gemeindevertreter Italiens.

Auf der Konferenz der sozialistischen Gemeindevertreter Italiens wurde von dem Genossen Ribaldi, Bürgermeister von Monza, folgende Resolution eingebracht:

Die Vertreter der sozialistischen Gemeinden Italiens beginnen ihre Tagung mit dem Ausdruck der Gefühle, von denen das ganze italienische Proletariat beseelt ist, indem sie ihre vollständige Zustimmung zu der Zimmerwalder Konferenz und den dort gefassten Beschlüssen beteuern. Sie bekunden brüderliche Gemeinschaft und Solidarität mit den Sektionen der Internationale, die ihrem Banner treu geblieben sind, besonders mit den Minoritäten Deutschlands und Oesterreichs, die sich bemühen, das Proletariat der Zentralmächte zur Internationale zurückzuführen. Sie geben ihren heißen Wunsch Ausdruck für das Wiederaufleben einer takkräftigen Internationale, die die Völker über die Grenzen und Schützengräben hinweg vereinigen wird.

Diese Resolution wurde unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung Italiens.

Bern, 5. Februar. (B. Z. B.) „Temps“ führt in einer Besprechung der diplomatischen Lage zu den Notizen Italiens aus: Die sehr wichtige Kohlenfrage ist die Ursache einer allgemeinen Industrie- und Wirtschaftskrise, deren Ernst die Regierung im höchsten Grade beschäftigt und ebenso den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bloß des Viererbundes interessiert. Nach der Erörterung der Gründe für die Krise, unter denen er die Frachtverteuerung und den Wechselkurs hervorhebt, sucht „Temps“ die englische Regierung in Schutz zu nehmen. Das Blatt sagt: Die Frachtverteuerung hängt nicht vom Willen der englischen Minister ab. Die Ursache ist das Ergebnis des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage. Dem Wunsch Italiens nach einer Requirierung der Handelsflotte seitens der englischen Regierung und eigener Feststellung des Frachtfusses würde England, das Land der wirtschaftlichen Freiheit, wahrscheinlich nicht nachkommen. Die Mobilisierung der Handelsflotte wäre auch ein schwieriges Werk. Die Handelsflotte der Neutralen, zu der man gezwungen doch auch würde greifen müssen, stände notwendigerweise außerhalb des englischen Frachtmonepols. Unter Betonung der Risikio des Desplanches in London sowie der in Paris stattfindenden Besprechungen drückt das Blatt die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen, die alle Länder, deren Wirtschaftslieben von der Ueberseefahrt abhängt, sehr interessieren, dazu führen mögen, die Mittel zu finden, welche ihr solidarische Interesse erfordert.

Baldige Einberufung der Duma?

Bern, 5. Februar. (B. Z. B.) Der Petersburger Vertreter des „Temps“ telegraphiert seinem Blatt über das Programm vom Ministerpräsidenten Stuermer, er erfahre aus guter Quelle, daß die Einberufung der Duma beschleunigt werde. Stuermer habe die Absicht, sich mit dem Präsidenten der gesetzgebenden Körperschaften über ihre nächste Tätigkeit zu verständigen. Darüber wird er auch in diesen Tagen mit Parlamentariern konferieren. Uebereinstimmung zu schaffen zwischen der Tätigkeit der Regierung und der Kammer ist der erste Punkt des Stuermer'schen Programms. Der Korrespondent fährt fort: Ich glaube zu wissen, daß Stuermer keine Verschiebung der parlamentarischen Session vornehmen möchte. Vielmehr würde die Duma nach Prüfung des Budgets ihre normalen gesetzgeberischen Arbeiten wieder aufnehmen.

Fleischlose Tage auch in Rußland.

London, 5. Februar. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die „Times“ meldet aus Petersburg: Der Ackerbauminister ließ verlautbaren, daß es nötig sei, im ganzen Reich zwei fleischlose Tage pro Woche einzuführen, wenn man ein zünftiges Abnehmen des Viehbestandes vermeiden wolle. Das Ministerium schlägt außerdem vor, die Fleischration der Soldaten herabzusetzen.

„Kriegsbereitschaft.“

Der Krieg der alten Welt hat auch für die neue seine starken Wirkungen ausgeübt. Er hat nicht nur das wirtschaftliche und politische Leben Amerikas tief verändert, er hat auch im Denken und Fühlen der Bürger der Vereinigten Staaten starken Nachhall gefunden. Insbesondere ist es die Furcht vor feindlicher Invasion, die viele Gemüter ergriffen hat, und Berufspolitiker, Rüstungsindustrielle und andere Interessenten haben sich diese Stimmung sofort zunutze gemacht. Die amerikanische Stahlindustrie, die Sprengstofffabriken, die Eisenbahnen, die Schiffahrt usw. machen während des Krieges glänzende Geschäfte, sie haben vielfach ihre Betriebe wesentlich erweitert und sehen nun mit Bangen der Zeit entgegen, wenn in Europa wieder Friede herrschen wird. Wenn aber unterdessen Amerika selbst zu rüsten beginnt, dann sind auch für die Zukunft glänzende Gewinne gesichert, und der stark bewaffnete Arm der politischen Gewalt kann dann auch mit größerem Nachdruck imperialistischen Nachgelüsten dienen.

Natürlich werden in der großen Agitation, die heute in Amerika unter dem Schlagwort der „Kriegsbereitschaft“ für Rüstungsvorlagen betrieben wird, diese Argumente nicht in den Vordergrund gerückt, sondern man spricht von der Bedrohung des Vaterlandes, wobei je nach dem Publikum und der geographischen Situation einmal Japan als der zukünftige Feind hingestellt wird, dann wieder der „preussische Militarismus“ oder auch der „britische Jingoismus“.

Auch in unsere amerikanische Bruderpartei haben die Argumentationen der Rüstungstreiber Eingang gefunden. Besonders sind die Genossen Russell und Banhope für die Notwendigkeit der „Kriegsbereitschaft“ eingetreten.

In dem ersten Heft des vierten Jahrganges der in New York erscheinenden „New Review“ setzt sich nun L. V. Boudin mit den Argumenten dieser Genossen auseinander. Diese laufen im wesentlichen auf die folgenden zwei Sätze hinaus: 1. Kriege sind die unausbleibliche Folge und Begleiterscheinung des Kapitalismus. 2. Im Fall des Krieges müssen die Sozialisten zu ihrem Volke stehen oder doch wenigstens es verteidigen, wenn es angegriffen wird.

Boudin untersucht einen jeden dieser beiden Sätze. Der erste, sagt er, steht zwar revolutionär aus, aber er ist nicht richtig. Der Kapitalismus ist als solcher weder friedlich noch kriegerisch; wohl aber besitzt er Epochen, in denen er mehr das eine oder mehr das andere ist. Wir sind jetzt in der sogenannten imperialistischen, einer besonders kriegerischen Entwicklungsphase. Das heißt aber nur, daß in dieser Epoche eine starke Neigung zu kriegerischen Wendungen vorherrscht; dieser Neigung stehen aber andere Tendenzen entgegen. Die „Unvermeidbarkeit“ des Krieges hängt also davon ab, ob die kriegerischen Tendenzen der herrschenden Klassen ein genügendes Gegengewicht finden in der Gegenbewegung der Arbeiterschaft, ob die Arbeiter die offizielle Politik blindlings mitmachen, oder ob sie ihre eigene auswärtige Politik einschlagen.

Was nun den zweiten Satz betrifft, so meint Banhope, ein reiches aber schlecht gerüstetes Volk löse für starke Nachbarn geradezu einen Anreiz zum Lieberfall. Dem hält aber Boudin entgegen, daß heute Kriege nicht mehr unternommen werden, um eroberte Gebiete auszulündern, sondern vielmehr, um neue Gebiete kapitalistisch zu entwickeln. Nicht die reichen Länder sind deshalb das Ziel imperialistischer Raubfucht, sondern die armen. Das Ziel eines bewaffneten Angriffs auf ein kapitalistisch hoch entwickeltes Land ist daher gar nicht dessen Besitz oder dessen Ausraubung, sondern es ist die Herrschaft über kapitalistisch unentwickelte Länder, die bisher unter der Vormachtigkeit des angegriffenen Staates standen.

Wenn Banhope und seine Gesinnungsgenossen erklären, die Arbeiterschaft müsse im Kriegsfall mit den anderen Klassen der Vereinigten Staaten gemeinsame Sache machen, um die gemeinsame Kultur und die gemeinsamen ökonomischen Interessen zu schützen, so wendet Boudin dagegen ein, daß die „nationale Kultur“ selbst bei allen Völkern nur eine erst recht junge Erscheinung ist, die von bestimmten historischen Voraussetzungen abhängt und mit ihnen verschwindet. Das Proletariat entwickelt in seinen eigenen Kämpfen auch eine eigene Kultur, die den nationalen Kulturen überlegen ist und ihre Beschränkungen nicht teilt. Und was die wirtschaftlichen Interessen betrifft, so macht sich hier derselbe Gegenstand geltend, der überhaupt für die Kämpfe des Proletariats von entscheidender Bedeutung ist, der Gegensatz zwischen den augenblicklichen und den dauernden Interessen. Die ersteren verführen den Arbeiter zum Streikbruch, und sie lassen auch den Arbeiter sich solidarisch fühlen mit jenen, deren Interessen den feintigen auf die Dauer entgegengekehrt sind.

Wir als Sozialisten, meint Boudin, müssen aus allen Kräften den beschränkten Nationalismus bekämpfen. Und gerade deshalb müssen wir uns gegen jede nationale Unterdrückung mit allem Nachdruck wenden. Wir müssen das nicht nur deshalb tun, weil der Kampf um Freiheit von Druck und fremdem Zwang überhaupt zu den Voraussetzungen unseres eigenen Emanzipationskampfes gehört, sondern insbesondere auch deshalb, weil die nationale Unterdrückung bei den Betroffenen das Verständnis der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze erschwert und trübt und dadurch unsere Aufklärungsarbeit und unsere Befreiungsbestrebungen hemmt und hindert.

Genieß müssen auch die Sozialisten die Unabhängigkeit des eigenen Volkes verteidigen, aber ebenso auch die jedes andern. Würden alle die Vereinigten Staaten von einer kapitalistischen Macht angegriffen, so würde es sich tatsächlich gar nicht um die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit handeln, sondern um die der imperialistischen Gelüste und Bestrebungen ihrer herrschenden Klassen.

Konflikt des japanischen Oberhauses mit dem Kabinett Okuma.

Ein Telegramm aus Tokio vom 25. Januar meldet der „Nowoje Wremja“ vom 27. Januar, daß in einer Sitzung verschiedener Gruppen des Oberhauses die Stimmung der Mehrheit des Oberhauses gegen das Kabinett offen zutage trat. Die Zeitung „Di-Di“ erklärt, daß der Konflikt zwischen Oberhaus und Regierung nicht wegen des Verkaufs von Waffen und Kriegsmaterial an fremde Mächte erfolgt ist, sondern wegen der Einstellung der Erträge aus diesen Lieferungen in den Wirtschaftsetat der Arsenale und nicht in den allgemeinen Staatshaushaltsplan.

Auf die Anfrage des Oberhauses an die Regierung, welche Maßregeln sie nach Verletzung des Dampfers „Jassata-maru“ im Rikitei Meer gegen die Wiederholung derartiger Vorfälle ergreifen habe, antwortete der Minister des Auswärtigen: „Die japanische Regierung hat durch Vermittlung der Washingtoner Regierung Protest bei Deutschland und Oesterreich eingelegt unter Andeutung, daß Japan sich das Recht vorbehält, sein Verhalten gegenüber den Kriegesgefangenen und den deutschen und österreichischen in Japan lebenden Zivilpersonen zu ändern, falls etwas Ähnliches wieder vorkommen sollte.“

Politische Uebersicht.

Ein Bericht mit Anmerkungen.

Im Herrenhause hielt am Freitagabend der Historiker Geheimrat Prof. Dr. Hynke zum Besten der sozialen Arbeiter der Ortsgruppe Berlin des Deutsch-englischen Frauenbundes und der kirchlich-sozialen Frauengruppe Berlin einen Vortrag über „Autorität und Freiheit im Staatsleben“. Trotdem der Vortragende, der kürzlich im höheren Auftrage ein Buch über die Hohenzollern herausgegeben hat, sich ganz in konservativen Bahnen bewegte, verfiel die konservative „Deutsche Tageszeitung“ den Bericht mit kritischen Bemerkungen. Beides ist aber gleich charakteristisch: die Rede Hynkes für die unklaren „Burgfriedens“vorstellungen unserer Intellektuellen, und die Kritik der „Tageszeitung“ für die schroffe Ablehnung auch des geringsten innerpolitischen Fortschritts. Hynke führte u. a. aus:

„Das Maß der militärisch-politischen Autorität der Staatsgewalt muß direkt proportional sein dem Maß des militärisch-politischen Druckes, der auf die Grenzen eines Staates ausgeübt wird“ und „Der Gemeingeist in einem Volke muß um so stärker ausgebildet sein, je stärker der militärisch-politische Druck ist, der auf den Grenzen eines Landes loftet.“ Dieser Gemeingeist hat sich in unserer schweren Zeit herrlich bewährt und muß immer weiter gestärkt werden. Die Sozialdemokratie hat — was viele vor dem Kriege bezweifeln — ihren Patriotismus bewiesen; ihre Organisation und Disziplin haben die Massen vor Vernichtung und Zuchtlosigkeit bewahrt. (Hier scheint der Vortragende die anderen Arbeiterorganisationen leider vergessen zu haben. Der Schriftleiter der „Deutschen Tageszeitung“) Mögen nach dem Kriege das monarchische und das genossenschaftliche Prinzip immer enger Fühlung gewinnen und gemeinschaftliche Bahnen wandeln! Möge der Geist der Kameradschaftlichkeit im Schützengraben auch nach dem Kriege alle unsere Volksgenossen erfüllen und verschönen auf dem Boden des Vaterlandes! In der Thronrede zur Eröffnung des Landtags heißt es: „In dem ungeheuren Erleben wird ein neues Geschlecht groß. Der

Geist gegenseitigen Verlebens wird auch im Frieden fortwirken!“ Dazu gehört (so glaubte der Redner hinzufügen zu sollen. Die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“) die Reform des preussischen Wahlrechts, es wäre verhängnisvoll (!) Red. d. „Deutschen Tageszeitung“) — man denke an die Zeit vor 1848 — wenn hier von irgendeiner Seite Widerstand geleistet würde.“

Wir fürchten nur, daß die Konsequente, auf eine starke politische und wirtschaftliche Partei sich stützende „Tageszeitung“ auf die künftige Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse größeren Einfluß haben wird als der Gelehrte, der der Utopie von einem Ausgleich zwischen Demokratie und Autoritätsglauben nachjagt.

Gegen eine Zollunion.

Nach einer Meldung der „Bohemia Zeitung“ hielt der Präsident Benzel Kemez in der Prager Handelskammer eine Ansprache, in der er die Frage des wirtschaftlichen Anschlusses an Deutschland erörterte. Er wies u. a. auf die Notwendigkeit hin, daß Oesterreich und Ungarn ihr gemeinsames Zoll- und Wirtschaftsgebiet beibehalten, da ein großes gemeinsames Gebiet in jeder Hinsicht für beide Teile vorteilhafter ist als die Trennung. Er ging dann auf das Verhältnis zu Deutschland über und bemerkte, daß die Ansichten der österreichischen Handelskammern in dieser wichtigen und grundlegenden Frage nicht übereinstimmen. Eine Zollunion mit Deutschland müßte im Interesse der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft ausgeschrieben werden; es werde daher nur ein gewöhnlicher Tarifvertrag mit möglichst spezialisierten Vertragsbedingungen empfohlen werden müssen. Wie die „Bohemia“ hierzu mitteilt, hat die Erklärung des Handelspräsidenten, die vorher den deutschen Mitgliedern vorgelegt war, auch deren Zustimmung gefunden.

Erhebungen über die Herstellung von Fleischkonserven.

Von der Reichsprüfungskommission für Lebensmittelpreise ist am 31. Januar 1916 eine Erhebung über die Verarbeitung von Rindern und Schweinen in der Fleischkonservenfabrikation angeordnet worden. Die Erhebung soll sich auf alle Betriebe im Deutschen Reich erstrecken, die gewerbmäßig Fleischkonserven herstellen.

Klagen über die Kontrolle an unseren Grenzen.

Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Zu dem durch den Krieg notwendig gewordenen Maßnahmen, die bei dem deutschen Staatsbürger immer noch kein richtiges Verständnis finden, gehört die Grenzkontrolle. Und doch ist sie ein unentbehrliches Mittel, den Erfolg des Krieges vorzubereiten. Unsere dem unmittelbaren Verkehr aus fünf neutralen Staaten offenen, sehr ausgedehnten Grenzen, erleichtern es unseren Feinden, ihre Späher ins Land zu schicken, um alles, was sich auf Krieg und Kriegsvorbereitung bezieht, auszufundieren. Unter der Maske des harmlosen Reisenden oder Geschäftsmannes überschreiten zahlreiche feindselige Agenten unsere Grenzen im Norden, Westen und Süden, machen sich kürzere oder längere Zeit bei uns sehaft und übermitteln ihre Wahrnehmungen in Feindesland. Soweit wie irgend möglich müssen wir dies zu verhindern suchen, und dazu dienen Maßnahmen, wie die Ueberwachung des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs sowie des Reiseverkehrs über die Landesgrenzen.

Sie alle mögen im bürgerlichen und geschäftlichen Leben unbehaglich und hemmend empfunden werden, wie manche anderen Beschränkungen, die der Krieg mit sich bringt, aber sie sind eben notwendig und haben ihre Zweckmäßigkeit oft bewiesen. Oder ist es etwa kein Erfolg, wenn die großen Operationen unserer Heeresleitung unseren Gegnern erst dann bekannt geworden sind, wenn es für sie zu spät war, Gegenmaßnahmen zu treffen? Ein einziger solcher Erfolg, der unsere Siege vorbereitet und unseren Truppen Verluste erspart, rechtfertigt alle die Maßnahmen, über die verständnislose Menschen, die immer noch nicht einsehen wollen, daß der Krieg auch von dem Bürger Opfer fordert, in Klagen und Vorwürfe ausbrechen und für sich Ausnahmen in Anspruch nehmen wollen. Wer während des Krieges nach Frankreich, England oder Rußland gereist ist, hat dort kennen gelernt, was eine strenge Grenz- und Fremdenkontrolle bedeutet. Die dort übliche Rücksichtslosigkeit wird auch die strengste Durchführung der bei uns für den Grenzverkehr getroffenen Vorschriften als müde erdienen lassen. Daß hier und da im Ueberseer gefehlt wird, muß damit entschuldigt werden, daß eben Soldaten diesen Dienst an der Grenze ausüben, die an kurze und strenge Befehle der erlassenen Verordnungen gewöhnt sind. Auch dieser Dienst soll unser Vaterland vor Schaden und Nachteil schützen; ihn nicht unnötig zu erschweren, ist einfach Pflicht und Schuldigkeit. Kleinlich aber ist es, Klagen und Beschwerden zu erheben über eine kurze Unbequemlichkeit oder scharfe Behandlung in einer Zeit, wo Tausende draußen Leben und Gesundheit dem Vaterlande opfern. Heute steht so Großes auf dem Spiel, daß es fast lächerlich erscheint, über derartige Klagen noch Worte zu verlieren.

Japan tilgt seine Schulden.

„Daily News and Leader“ schreibt im Finanzbericht vom 1. 2.: Japan benutzt seine durch den Krieg erlachte wirtschaftliche Lage, um ebenso großzügig wie rasch zur Tilgung seiner auswärtigen Schuld zu schreiten. Eben zeigt es an, daß zu Tilgungszwecken weitere 500 000 Pfund Sterling der 4/10-prozentigen Bonds der ersten und zweiten Serie angekauft wurden. Diese Anleihe ist die dritte in zehn Wochen und bringt die Gesamtsumme der Amortisationen auf 1 500 000 Pfund Sterling.

Letzte Nachrichten.

Aus der rumänischen Kammer.

Bukarest, 5. Februar. (B. Z. B.) Kammerisierung vom 4. Februar. In der Begründung einer Interpellation wegen ungerichteter Behandlung bei der Verteilung der Waggons für die Getreideausfuhr wies Stirbey darauf hin, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht eingehalten worden seien, und daß nur Güntlinge hätten ausführen können; er verlangte eine Regelung der Ausfuhr, damit jedermann aus ihr Nutzen ziehen könne. Der Redner erwähnte, daß er auf seinen Gütern eine Privatbahn habe, auf der, entgegen dem Verhalten der Behörden in ähnlichen Fällen, die Ausfuhr von nicht verbotenen Waren unterjagt worden sei; er verlange nichts weiter, als daß er nicht auf Gnade und Ungnade den Behörden ausgeliefert sei.

Finanzminister Costinescu bemerkte, daß man ihm eine Verletzung des Artikels 13 des Zollgesetzes vorwerfen könne; dieses sei in dessen für normale Zeiten gemacht und nicht für die heutigen, wo es sich stets um die Gewährung von Kompensationen gehandelt habe. Nicht die Interessen einzelner, sondern jene des Landes würden hierbei berücksichtigt. Gäinne man denn große Mengen Eier, Fett und Erbsen verderben lassen sollen, statt sie auszuführen? Hierbei hätten im Interesse des Landes die Gegner der liberalen Partei mehr Begünstigungen erhalten als deren Anhänger. Die Ausfuhr auf der Privatbahn Stirbeys sei wegen des Schmuggels unterjagt worden, der auf ihr in sehr großem Maßstabe betrieben worden sei; sogar einen Zollbeamten habe man als Beteiligten hieran festgestellt. Die Schweinausfuhr hat der Minister bewilligt, weil eine große Zahl von Großgrundbesitzern diese Zustimmung zum Zwecke der Ausfuhr angelegt habe. Die beiden Zentralkommissionen, die jetzt arbeiten, beschäftigen, was er sagte. Zu beklagen sei der Schmuggel, gegen den strenge Vorgegangen werden müsse.

Kämpfe zwischen Spaniern und Marokkanern.

London, 5. Februar. (B. Z. B.) Der Madrider Korrespondent des „Daily Express“ meldet an sein Blatt: Nach einem Telegramm aus Melilla haben die Mauren bei Melilla auf eine spanische Stellung einen Angriff mit Handgranaten unternommen. Zwei Spanier wurden getötet, fünf verwundet.

Gewerkschaftliches.

„Neuorientierung“ in der Angestelltenbewegung?

Die Zersplitterung der Arbeitergewerkschaften in drei Richtungen wirkte häufig auf die gewerkschaftlichen Kämpfe lähmend. Die Tatsache aber, daß die freien Gewerkschaften die weitaus stärkste Gewerkschaftsgruppe sind, zwingt die christlichen und die Dürsch-Duncker'schen Gewerkschaften dazu, in wirtschaftlichen Kämpfen sich oft den ersten anzuschließen. Trotzdem verhindern die Rivalitäten zwischen den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen nicht selten die Ausnutzung einer für die Arbeiter günstigen Situation. Es fehlt deshalb auch nicht an Einsichtigen, die gern über diesen Zustand hinwegsehen möchten. Gerade während der Zeit des „Burgfriedens“ mehrten sich diese Stimmen, ohne daß sie jedoch bis heute ein praktisches Ergebnis erzielen konnten.

Viel schlimmer als in der Arbeiterbewegung sieht es jedoch in der Angestelltenbewegung aus. Da gibt es Berufsvereine, die nur männliche oder nur weibliche Mitglieder aufnehmen, andere nehmen nur katholische Handlungsgehilfen und Prinzipale auf, wieder andere schließen die jüdischen und die weiblichen Angestellten von der Mitgliedschaft aus. Einige Vereine erstrecken sich über ganz Deutschland, andere sind reine Lokalvereine, die wieder untereinander verbunden sind usw. Bei allen sozialpolitischen Wahlen gab es die heftigsten Kämpfe dieser verchiedenen Angestelltenvereinigungen untereinander, die die unangenehmsten Begleiterscheinungen zeigten. Bei allen Kämpfen um irgendwelchen sozialpolitischen Fortschritt standen sich die einzelnen Angestelltengruppen schroff gegenüber. Und bei den wenigen gewerkschaftlichen Kämpfen, die zum Beispiel die Handlungsgehilfen unter Führung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen unternahmen, machte sich die Zersplitterung der Handlungsgehilfen hemmend bemerkbar. Ja, sie machte oft irgendwelche Aktionen überhaupt unmöglich. Den Schaden haben natürlich die Angestellten zu tragen.

Es ist nicht verwunderlich, daß daher in der Zeit des allgemeinen „Umlernens“ in der Angestelltenbewegung Stimmen laut werden, die auch hier eine „Neuorientierung“ fordern. Charakteristisch für die Verhältnisse in der Angestelltenbewegung ist aber, daß hier die Hauptkräfte nicht etwa zum allgemeinen Sammeln blasen. Rein, sie sehen sogar in der reinlichen Scheidung der beiden Hauptrichtungen in der Angestelltenbewegung das erstrebenswerte Ziel.

Die auseinandergehenden Forderungen unserer Standespolitik lassen sich vielleicht der Einfachheit halber in zwei Gegenstände zusammenfassen. Auf der einen Seite stehen diejenigen Wünsche, die als Ziel die Schaffung eines gesellschaftlich und sozialpolitisch geschlossenen Standes auf mittelständlicher Grundlage verfolgen, auf der anderen Seite die Forderungen, die von den Privatbeamten als eines Gliedes des allgemeinen Arbeitnehmerstandes ausgehen. In diesen beiden Richtungen verdrängen sich auch die beiden Organisationsgruppen der Privatbeamtenbewegung. Auf der einen Seite diejenigen, die in der neutralen Berufsvereinsarbeit die beste Möglichkeit zum Erfolg erblicken, auf der anderen Seite die gewerkschaftliche Richtung, denen neben der Standespolitik auch die Klassenpolitik von hoher Bedeutung ist.

So schildert Dr. Köhler, der Direktor eines der kaufmännischen Harmonieverbände, ganz richtig die gegenwärtige Situation in der Angestelltenbewegung. Jetzt treten diese beiden Tendenzen nur noch nicht klar in Erscheinung, weil sich die Vereine der einen, der mittelständlichen Richtung, untereinander in den Haaren liegen. Oft übrigens um die lächerlichsten Dinge. Da aber der Endkampf zwischen diesen beiden Richtungen ausgefochten werden muß, so versucht Dr. Köhler die streitenden Brüder zu versöhnen. Diese herzlichen Bestrebungen haben auch schon einige kleine Erfolge gehabt. Mehrere der größeren Harmonieverbände haben Verträge miteinander abgeschlossen, nach denen sie sich bei den Kaufmannsgerichtswahlen usw. nicht mehr bekämpfen wollen. Streitigkeiten untereinander wollen sie auch nicht mehr vor ordentlichen Gerichten, sondern vor einem „Ehrentat“ zur Erledigung bringen. Dr. Köhler versucht sie auf dieser Bahn voranzutreiben.

Die gewerkschaftlich organisierten Angestellten können nur wünschen, daß diese „Neuorientierungsbestrebungen“ der Mittelständler von Erfolg gekrönt werden. Die inneren Kämpfe in der Angestelltenbewegung würden dadurch endlich auf das gelenkt werden, worauf es für die Zukunft der Angestellten allein ankommt: auf die Frage, ob sie um der Utopie willen, einen neuen Mittelstand zu bilden, auf eine wirkungsvolle, weitläufige Sozialpolitik verzichten, oder ob sie gemeinsam mit der ganzen Arbeiterschaft einen energischen Kampf für die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage sowohl gegen die Unternehmer als auch im Parlament führen wollen.

Wohin die mittelständlichen Pläne die Angestellten führen können, zeigt gerade der Sammelruf von Dr. Köhler. Er enthält nämlich u. a. einen ganz niedlichen Angriff auf das Reichstagswahlrecht. Dr. Köhler meint, das Reichstagswahlrecht entrechte politisch die Angestellten. Aus eigener Kraft können sie ihre größtenteils politischen Forderungen nicht durchsetzen. Es bestehe die Gefahr, daß die Angestellten im Vergleich zu den übrigen Berufsständen bei der Umgestaltung und Neuorientierung der inneren Politik Deutschlands die geringsten Früchte für sich einheimen können. Ob deshalb die Angestellten die Beseitigung des Reichstagswahlrechts anstreben sollen, wird allerdings noch nicht verraten.

Berlin und Umgegend.

Die Löhne der Fleischergehilfen.

In letzter Zeit erschienen in der bürgerlichen Presse öfter Angaben über fabelhafte Löhne, welche angeblich die Fleischergehilfen jetzt erhalten. Eine Mitgliedervermittlung des Zentralverbandes der Fleischer unterzog diese Angaben einer kritischen Beleuchtung. Der Referent Bergmann wandte sich zunächst gegen die in der „Deutschen Vieh- und Schlachthofzeitung“ und von da in andere Blätter übertragene Behauptung, daß die auf dem Berliner Schlachthof arbeitenden Gehilfen ein Monatslohn von 3000 bis 4000 M. hätten. Der Referent bezeichnete diese Angabe als eine ungeheure Übertreibung, die durch keine Tatsachen bewiesen werden könne. Weitere führte er aus: Wenn die Fleischergehilfen nur annähernd so hohe Summen verdienen, da müßte sich doch der Verdienst eines Engroschlächtermeisters, der drei bis vier solcher Gehilfen beschäftigt, auf Millionen beziffern. Wenn man sagt, auf dem Schlachthof würden Tagelöhne von 25 bis 30 M. verdienen, so mag das stimmen. Es handelt sich dann aber um Gehilfen, die einen Tag als Zuschläge beschäftigt werden. Der Arbeitstag hat in diesem Falle 16 bis 18 Stunden und dann muß der Gehele noch am folgenden Tage ohne besondere Entlohnung das Fleisch auf-

hauen, nach der Halle bringen, auf- und abladen. So ein Arbeitstag ist also so lang, wie zwei bis zweieinhalb Arbeitstage in anderen Gewerben. Ein Lohn von 25—30 M. für eine solche Arbeitsleistung ist durchaus nicht hoch zu nennen, namentlich bei den jetzigen Feuerungsverhältnissen. — Die Besse der Fleischermeister hat sonst immer dem Zentralverbande den Vortritt gemacht, er treibe die Löhne ungebührlich in die Höhe. Wenn jetzt die Meisterpreise über die hohen Löhne auf dem Schlachthof jammert, so kann sich dem Zentralverband dafür nicht verantwortlich machen, denn auf dem Schlachthof arbeiten nur Mitglieder anderer Organisationen. Aber alle die Angaben über ungewöhnlich hohe Löhne entsprechen ja gar nicht den Tatsachen. Mit solchen Übertreibungen will man das Publikum in den Glauben versetzen, als ob die Gehilfen-Löhne wesentlich zu der fabelhaften Höhe der Meisterpreise beigetragen hätten. Das ist natürlich nicht der Fall. Die Ursachen der hohen Preise für Fleisch und andere Lebensmittel sind ganz wo anders zu suchen. Wenn die Löhne der Fleischergehilfen wirklich etwas gestiegen sind, so doch nicht in dem Maße wie die Preise aller notwendigen Lebensmittel. — Die Angaben der bürgerlichen und der Meisterpreise, daß in Berlin so tolle Löhne gezahlt würden, haben viele Gesellen in der Provinz veranlaßt, ihre Stellen aufzugeben und nach Berlin zu reisen. Doch hier wurden sie sehr enttäuscht. Auch die Behauptung, in Berlin seien Fleischergehilfen gar nicht zu haben, ist unwahr. Nach der im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Statistik hat die Zahl der arbeitslosen Fleischergehilfen ständig zugenommen. Die Statistik gibt für den 2. Februar 27 Arbeitslose an. Da ein großer Teil der Fleischergehilfen die private Stellenvermittlung in Anspruch nimmt, die in der Statistik nicht berücksichtigt ist, so kann man annehmen, daß jetzt etwa 200 arbeitslose Fleischergehilfen in Berlin vorhanden sind. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß mancher, der in Erwartung hoher Löhne von außerhalb nach Berlin gekommen ist, nach längerem Arbeitslosen schließlich zufrieden ist, wenn er eine Stelle mit 18 bis 20 Mark Wochenlohn bekommt. Ueber Gesellenmangel können nur solche Meister klagen, die ihre Gesellen schlecht bezahlen und schlecht behandeln.

Von anderer Seite wurde hierzu noch bemerkt, daß die „Berliner Volkszeitung“ kürzlich in einem Gewerbegerichtsbericht sehr ausführlich die Angaben eines Engroschlächtermeisters brachte, welcher behauptete, die Gesellen auf dem Schlachthof erhalten Tagelöhne von 40 bis 60 Mark. Die Verbandsleitung hat der „Berliner Volkszeitung“ mit Bezug auf diese Angaben Material über die wirklichen Lohnverhältnisse gebracht, wovon die „Berl. Volksztg.“ aber nicht Notiz genommen hat.

In der Verammlung wurde noch der Geschäftsbericht für 1915 erstattet. Aus demselben geht hervor, daß durch Einberufungen zum Heere ein starker Wechsel im Mitgliederbestande eingetreten ist. Die jüngeren Mitglieder sind beim Heere. Die Organisation besteht fast nur noch aus älteren Kollegen. Im Laufe des Jahres wurden 1544 neue Mitglieder aufgenommen, die aber nicht alle beim Verbandsgeblieben sind. — Die Lohnbewegungen waren im vergangenen Jahre nicht zahlreich. Während sonst alljährlich mit Hunderten von Meistern Verhandlungen stattfanden und Tarife abgeschlossen wurden, sind im abgelaufenen Jahre mit wenigen großen Wurst- und Konfektfabriken Tarife vereinbart worden. Im allgemeinen können die Verhältnisse der Organisation als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Der Krieg und die Hutindustrie.

Wie überhaupt in das wirtschaftliche Leben hat der Krieg auch in das Hutgewerbe große Eindrücke gerissen. Die Berliner Hutbetriebe sind bis auf einen, der etwa 25 Personen beschäftigt, gänzlich geschlossen. Ein Betrieb fabriziert vorläufig Paarhüte. Die Seidenhutbranche liegt ebenfalls ganz danieder. Es arbeiten noch zwei Betriebe mit fünf Arbeitern. Eine Ausnahme machten nur die Strohhut- und Damenhutbetriebe. Eine Anzahl Betriebe wurde durch Einberufung zum Heeresdienst ganz stillgelegt. Die anderen Betriebe arbeiten mit verringerter Zahl von Arbeitskräften, teils aus Mangel an Material, teils aber auch infolge ungeheurer Preissteigerungen des Materials. — Durch die Umstände gezwungen, hat sich ein großer Teil der Mitglieder des Hut- und Hütwarenarbeiterverbandes Unterkunft in anderen Betrieben gesucht, namentlich in der Kriegsindustrie. Trotz der Schwierigkeiten ist alles geschehen, die Interessen der Mitglieder und des Verbandes hochzuhalten, damit die in den Schützengräben liegenden Kollegen bei der Rückkehr alles wieder vorfinden, wie sie es verlassen haben. Die Tarifverhandlungen, die schon kurz vor Beginn des Krieges eingeleitet worden waren, haben allerdings zu einem Abschluß nicht geführt. Dagegen gelang es in der Damenhutbranche Feuerungszulagen zu erreichen, allerdings nicht durch generelle Abmachung mit dem Arbeitgeberverbande. Dieser stellte es vielmehr seiner Mitgliedschaft anheim, sich mit den Arbeitnehmern von Fall zu Fall zu verständigen. Die Angelegenheit wurde dann von Betrieb zu Betrieb geregelt. Das ergab, eine durchschnittliche Arbeitsdauer von 20 Wochen in der Saison gerechnet, insgesamt eine Feuerungszulage von etwa 85 000 M. — Auch in der Strohhutbranche wurde die Erlangung von Feuerungszulagen versucht. Ueber die Verhandlungen in dieser Branche hat der „Vorwärts“ Ende des vorigen Jahres eingehend berichtet. Es kam zu keiner Einigung von Verband zu Verband. So mußte auch hier die Angelegenheit von Betrieb zu Betrieb geregelt werden, da die Forderungen der Arbeiterschaft über das Angebot des Arbeitgeberverbandes, nur bis zu Verdiensten von 88 Mark 10 Prozent zu gewähren, hinausgingen. Bis jetzt sind über den Erfolg aus vier Betrieben Berichte eingegangen. Die Erfolge sind da, wo sie erzielt wurden, erheblich. — Hinzu kamen im Laufe des Jahres eine Reihe Verhandlungen mit Unternehmern, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrafen. Es wurden verschiedene Lohnverbesserungen und verchiedentlich die Abwehrgung von Verfallsstrafen erzielt. — Zu Weihnachten wurde wieder der Arbeitslosen, Kranken, Ausgesteuerten, Invaliden und der Familien der einberufenen Kollegen sowie der im Zeile Sterbenden gedacht. Die Ausgaben für diese Zwecke betrugen zum 1. 1425 M., angesichts der geringen Mitgliederzahl eine erhebliche Leistung.

Die Mitgliederzahl betrug am Beginn des verflossenen Jahres 918, am Schlusse des Jahres 691. Arbeitslos waren am Schlusse des Jahres 40 männliche und 60 weibliche Mitglieder. An städtischer Arbeitslosenunterstützung wurden etwa 8000 M. ausgezahlt.

Die Kassenverhältnisse der Berliner Hütwaren haben sich im Jahre 1915 im Gegenfatz zu 1914 wesentlich gebessert. Es konnte für 1915 an die Hauptkasse ein Ueberschuß von 6000 M. abgeführt werden.

In der letzten Generalversammlung wurde noch Entgegennahme des von Rödel gegebenen Berichtes der Vorstand in seiner alten Bezeugung einstimmig wiedergewählt. Darauf erfolgte die Neuwahl der Kommissionen.

Fritz Müller verteidigte in der Verammlung auf den bekannten Artikel im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften und führte aus: Dieser Artikel wolle die Gewerkschaften auf die Politik des 4. August festlegen. Dagegen müsse protestiert werden. Die Gewerkschaften dürften sich unter keinen Umständen auf eine bestimmte politische Richtung festlegen lassen. Sie hätten nur ihre gewerkschaftlichen Interessen zu vertreten. Nach einer Diskussion darüber wurde einstimmig folgende Resolution Müllers angenommen:

„Die Verammlung ist der Ueberzeugung, daß das Verhalten einzelner Gewerkschaftsführer sowie die Stellungnahme der Generalkommission der Gewerkschaften zum Parteistreit den gewerkschaftlichen Interessen nicht entspricht. Die Gewerkschaften haben weder mit der Politik des 4. August, noch mit sonst welcher

Politik etwas zu tun, sondern sie sind lediglich die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter aller Konfessionen und politischen Richtungen.“

Deutsches Reich.

Der Krieg und das soziale Gewissen.

Je länger der Krieg dauert, um so sozialpolitischer muß der Arbeitgeber empfinden. Er hat nicht das geringste Recht, Löhne und Gehälter herunterzusetzen, Feuerungszulagen zu verweigern. Selbstverständlich muß er auf die Deckungsbedingungen seines Betriebes Rücksicht nehmen. Aber der Krieg hat sehr vielen Arbeitgebern so gute Gewinne gebracht, daß die Angestellten und Arbeiter, ohne Schädigung der Arbeitgeberrentabilität, den loeweren Reiten angemessen, bedacht werden können. Das ist unierser Erachtens eine selbstverständliche Pflicht in dieser Zeit der Gemeinwirtschaft, wo sich jeder Unternehmer als ein Glied des Volksganzen, mit einer bestimmten Zwecksetzung, zu empfinden hat. So wird man beispielsweise von dem Textilgewerbe und dem Textilhandel fordern müssen, daß sie die Beschlagnahme von Textilfertigwaren nicht als Vorwand zu Entlassungen oder zum Lohnbrud benutzen. Sie dürfen sich ruhig in dieser Zeit mit geringeren Gewinnen begnügen, zumal sie in der ersten Zeit des Krieges im allgemeinen recht gut verdient haben. Es ist auch scharf dagegen Einspruch zu erheben, daß Unternehmer gegenüber Lohn- und Gehaltsforderungen auf die Belastung durch die Kriegsteuer hinweisen. Die Kriegsteuer ist ja als finanzielle Hilfsnahme für den Staat gedacht und nicht als ein Werkzeug der Herabdrückung der Lebenshaltung von Arbeitern und Angestellten. Sie soll im Gegenteil das soziale Gewissen derjenigen stärken, die auf Kosten der Allgemeinheit im Kriege hohe Gewinne erzielt haben. Vor allen Dingen aber wird man sich aus bester gegen jeden Versuch wenden müssen, die Kriegsgeldbesitzer zu entschuldigen als diejenigen, die in der Heimat bleiben dürfen. Leider hören wir von dortigen Verleumdern. So teilt der „Deutsche Volksbote“, das Organ des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Beamten in der Nummer vom 26. Januar 1916 folgendes mit: „Wie uns aus Kollegenkreisen berichtet wird, hat die Deutsche Bank in einer Anzahl von Fällen kriegsbeschädigte Angestellte bei ihrem Wiedereintritt nicht zu den alten Bedingungen wieder eingestellt, sondern hat sich zunächst die Abschließung einer Probezeit ausbedungen. Gleichzeitig ist den Betroffenen ein bis in die geringsten Einzelheiten gehender Fragebogen vorgelegt worden, um die Art der Kriegsbeschädigung und den Grad der Arbeitsverwendungsabfähigkeit des eventuell wieder einzustellenden Beamten auf das genaueste festzustellen. An die Rückgabe des ausgefüllten Fragebogens haben sich dann Verhandlungen geknüpft, in deren Verlauf mit mehr oder weniger großem Erfolge versucht worden ist, das frühere, meist schon längliche Gehalt der Kriegsbeschädigten herabzuziehen.“ Soweit wir die Bankbeamtenarbeit kennen, kann von einer geminderten Arbeitsverwendungsabfähigkeit der Kriegsbeschädigten nicht die Rede sein. Aber selbst wenn die Arbeitsabfähigkeit vermindert wäre, wäre es bei dem schon an und für sich schlechten Gehalt der Bankbeamten einfach unerbäulich, wie die Leitung der Deutschen Bank Leute, die ihr durch schwere Vaterlandopfer die ruhige Weiterarbeit ermöglicht und darüber hinaus mit dem Schwerte neue fruchtbarer Gebiete erschlossen haben, mit Wägeln kommen könnte. Wir müssen der Zeitkritik die Verantwortung für ihre Behauptung überlassen, halten diese Behauptung nach den bisherigen Bankbeamtenverhältnissen aber keineswegs für unabweislich. In derselben Nummer wird mitgeteilt, daß die Commerz- und Disconto-Bank in dieser Zeit der schweren Not es für angemessen halte, die diesjährigen Zulagen herabzuziehen. Während bisher in einem regelmäßigen Turnus von zwei Jahren Zulagen in Höhe von 150 bis 200 M. gewährt worden seien, habe man diesmal einen großen Teil der Beamten übergangen und verlauten lassen, daß die Zulagen in Zukunft nur alle drei Jahre gegeben werden sollen. Die Zeitkritik fragt mit Recht, ob die Direktoren in Zukunft ebenfalls schlechter gestellt werden sollen. Wenn eine allgemeine Sanktionstellung beabsichtigt sei, so müsse man doch von oben anfangen. Das ist ganz uniere Ansicht. Die Direktoren verdienen an Gehältern und Aufsichtsratsanteilen jährlich Hunderttausende. Sie haben immer noch keine fleischlosen Tage, wenn sie die Hälfte davon den Angestellten zuzulassen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband am Schlusse des Jahres 1915.

Solange Gewerkschaftsorganisationen bestehen, hat es Erscheinungen, wie die des Weltkrieges noch nicht gegeben, die das Organisationsgetriebe in so erheblichem Maße beeinträchtigen konnten, wie es nunmehr seit 1 1/2 Jahren geschieht. Und selbst den Organisationen der Berufsgruppen, die hervorragend an der Rüstungsindustrie beteiligt sind, ist es jetzt, wo die militärischen Einberufungen etwas nachgelassen haben, immer noch nicht möglich, die Abgänge durch Neuaufnahmen wieder auszugleichen. Zu diesen Organisationen gehört auch der Deutsche Metallarbeiterverband. Nach seiner letzten Erhebung hatte der Verband am Schlusse des Jahres 1915 noch 294 107 Mitglieder, gegen 226 065 zu Ende Dezember 1914 und 538 814 zu Beginn des Krieges. Seine Mitgliederzahl hat sich demnach innerhalb der 17 Kriegsmomente um 300 707 vermindert. Von den am Schlusse des Jahres 1915 vorhandenen 294 107 Mitgliedern waren 2451 oder 1,0 Proz. arbeitslos. Das ist der gleiche Verhältnisfatz, wie er schon seit über zwei Monaten ermittelt wird. Uebertroffen wird dieser Durchschnittsfatz nur von den beiden städtischen Bezirken und von der Verwaltungsstelle Berlin. An Arbeitslosenunterstützung wurden seit Kriegsausbruch insgesamt 5 535 833 M. ausbezahlt. Davon entfielen allein 4 810 072 M. auf die ersten fünf Kriegsmomente des Jahres 1914, während im ganzen Jahre 1915 nur 725 761 M. zur Auszahlung gelangten. Außerdem wurden aus dem Kriegslohnfonds des Verbandes weit über eine Million Mark für die Familien der Kriegsdienst leistenden Mitglieder aufgewendet. Gewiß eine gewaltige Leistung für einen einzelnen Verband.

Arbeitslosenunterstützung in Eberfeld.

Da sowohl die Textilindustrie wie die Konfektion, die beide unter dem Kriege schwer zu leiden haben, in Eberfeld stark vertreten sind, ist die am 16. Februar in Kraft tretende Regelung der Arbeitslosenunterstützung in dieser Stadt von besonderem Interesse. Nach den fürzlich mitgeteilten Nachrichten für die Unterstützung im Buppertaler Bezirk beschloß die städtische Kommission für Kriegsunterstützung folgende Sätze:

Der Haushaltungsvorstand erhält monatlich 34,50 M., jedes übrige Mitglied 12 M. Dazu kommen Gutscheine für Lebensmittel in Höhe von 4 M. pro Familie und Monat, sowie Gutscheine in Höhe von 2 M. pro Kopf und Monat.

Die Unterstützung wird gezahlt, wenn das Einkommen der Familien oder Personen gesunken ist auf das 1/10fache der Unterstützungsbeträge. Sie wird gekürzt, wenn das Einkommen wieder diesen Betrag übersteigt.

Die Arbeitslosen werden von besonderen Beamten kontrolliert. Sie müssen sich beim Arbeitsnachweis melden und die dort nachgewiesene Arbeit annehmen. Ein Arbeitsnachweisausschuß prüft etwaige Arbeitsausreden.

Die Arbeitslosen sind verpflichtet, die Krankenversicherung in der niedrigsten Klasse aufrechtzuerhalten. Unterlassen sie dies, so kann der Betrag an ihrer Unterstützung gekürzt werden.

Die Durchführung der Organisation geschieht völlig im Anschluß an die Kriegsunterstützung, die von den Armenvereinen befragt wird. Die Gewerkschaften sind nicht herangezogen worden.

Daß diese Regelung sehr verbesserungsbedürftig, braucht nicht gesagt zu werden. Unser Vertreter in der Kommission hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, Verbesserungen zu schaffen: Erhöhte Unterstützungssätze, Wegfall der Selbstzahlungspflicht bei der Krankenkasse, mindere Anrechnung etwaiger Einkommen usw., jedoch vergeblich. Auch bei diesen Unterstützungseinrichtungen bekommen die Arbeitslosen noch die ganze Last des Krieges zu fühlen.

Der Plan einer Heeresvorschule.

München, 4. Februar. (W. Z. V.) Der Finanzausschuss der Bayerischen Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich in seinen letzten zwei Sitzungen bei der Beratung des Kultusetats auch eingehend mit der Frage der militärischen Jugend- erziehung und der vaterländischen Jugendpflege.

Kultusminister Dr. von Knilling hob hervor, daß die Unterrichts- verwaltung die Mithilfe der Jugendpflege und der Schule für die militärische Vorbereitung der Jugend während des Krieges bereitwillig zur Verfügung gestellt habe. Eine zielbewusste und zweckdienliche militärische Jugend- erziehung sei bei bloßer Freiwilligkeit der Teilnahme nicht gesichert. Die Staats- regierung habe wiederholt Anlaß gehabt zu erklären, daß den Sozial- demokraten angesichts ihrer Haltung im Kriege die vaterländische Gesinnung nicht abzusprechen sei. Das gelte auch für die sozial- demokratischen Jugendorganisationen. Es wäre zu begrüßen, wenn dieses Urteil auch im Frieden aufrechterhalten werden könnte. Die Behandlung der Frage der militärischen Jugend- erziehung nach dem Kriege solle, wenn irgend tunlich, bis nach demselben zurückgestellt werden. Die An- gelegenheit werde für das ganze Reich nur einheitlich geregelt werden können. Die Erwägungen lägen ausschlaggebend auf militärischem Gebiete.

Kultusminister Dr. von Knilling erklärte in seinen weiteren Ausführungen, zwischen Reich und Bundesstaaten hätten Erörterungen über die Frage nicht stattgefunden. Bei einer staatlichen Zwangs- einrichtung zur militärischen Jugend- erziehung müsse der Unterrichts- verwaltung und deren Organen bestimmter Einfluß gewahrt bleiben. Die Altersgrenze, von der aus die Ausbildung unter rein militäri- scher Leitung erfolge, solle möglichst hinaufgerückt werden. Auf die Bedürfnisse und Einrichtungen der Schule und Jugendpflege sei alle Rücksicht zu nehmen.

Der Vertreter der Heeresverwaltung erklärte, daß Auswüchse bei der bestehenden militärischen Jugend- erziehung von der Kriegs- verwaltung nicht gebilligt würden. Zu der Frage, ob eine Fort- setzung der militärischen Vorbereitung der männlichen Jugend nach dem Kriege unter Regelung auf gleichem Wege notwendig sei, nehme die Heeresverwaltung auf Grund der Erfahrungen vor dem Kriege und aus dem Kriege den folgenden Stand- punkt ein:

Ueber Pläne und Absichten des preussischen Ministeriums könne er Auskunft nicht geben. Die geistige Bildung des deutschen Volkes sei eine der mächtigsten Faktoren der kriegerischen Erfolge Deutschlands. Diesem Momente stehe aber gleichwertig zur Seite die gegenüber dem Feinde bessere, gründlichere soldatische Aus- bildung des einzelnen Mannes nach seinen persönlichen Eigenschaften. Eine Vervollkommnung in der Ausbildung werde nach dem Kriege durch die Anstrengungen der Gegner, den deutschen Vorrang einzubüßen, notwendig werden. Vor allem werde man trachten müssen, durch frühzeitige Stärkung des jugendlichen Körpers die Zahl der Untauglichen zu vermindern; andererseits werde man noch mehr auf die Einzelerziehung des Soldaten zum selbständigen, selbsttätigen Kämpfer in jeder denkbaren Lage hin- arbeiten müssen. Namentlich werde die Ausbildung im Stellungsk- riege zu den bisherigen Aufgaben hinzukommen. Eines der wirk- samsten Mittel, die stark vermehrten Ausbildungsanforderungen zu erfüllen, bestände in der Vorschulung einiger jugendlicher Jahr- gänge vor ihrer Einweisung in den notwendigen, nicht in das Erziehungsbereich fallenden Ausbildungszweigen. Außerhalb Deutschlands beständen schon vereinzelt ähnliche Einrichtungen, andere Staaten würden solche nach dem Kriege treffen. Die militärische Vorschulung würde wohl nicht vor dem Jahre 1917 beginnen, in dem der Jugendliche das 17. Lebens- jahr erreiche. Die Tätigkeit der Jugendpflege, Vereine, Schulen usw. würde der Heeresvorschule als vorbereitende Grund- lage Augen bringen; sobald aber die Unterweisung der Jugend- lichen in den Gesichtskreis der militärischen Zwecke tritt, könne sie nur in den Händen von Fach- leuten liegen. Eine Vereinträchtigung des Wirkungsbereiches und der Tätigkeit der Vereine, deren Verdienste die Kriegs- verwaltung würdige, werde nicht eintreten. Die Heeresverwaltung sei gegen Abhaltung regelmäßiger Übungen an Sonn- und Feiertagen. Mit einer den örtlichen Verhältnissen angepaßten In- anspruchnahme eines halben Wochentages werde sich die industrielle wie die landwirtschaftliche Bevölkerung im Interesse des Volkes von Land und Reich abfinden müssen. Der große Nutzen der bisherigen militärischen Jugend- erziehung siehe nach den Berichten der Erziehungsteile und nach den Zeugnissen ehe- maliger Jungmannschaften fest. Nachdem die Heeresvorschule als Heeres- einrichtung gedacht sei, siehe die gesetzliche Regelung dem Reich zu.

Am Schluß der Sitzung des Finanzausschusses der Kammer stellte der Vorsitzende des Ausschusses die fast völlige Ein- mütigkeit des Ausschusses darin fest, daß der Vorschlag der Heeresverwaltung den stärksten Widerspruch erfahren werde, namentlich infolge der starken Eingriffe in das gesamte Wirtschafts- leben. Man werde vermeiden müssen, in dieser Weise Unruhe in das Volk hineinzutragen. Schließlich betonte auch noch der Berichterstatter, daß von allen Parteien des Hauses gegen den Plan der Heeresverwaltung die schwersten Bedenken erhoben worden seien. Damit schloß die Aussprache.

Die Jugendwehrfrage im badischen Landtage.

Ein nationalliberaler Antrag ersucht die Regierung: a) Die Organisation der Jugendwehr als dauernde Einrichtung beizubehalten und auszubauen; b) den Eintritt in die Jugendwehr pflichtmäßig zu gestalten, sofern nicht gesundheitliche, körper- liche oder moralische Bedenken entgegenstehen; c) die notwendigen Mittel im Staatsvoranschlag anzufordern.

Die Regierung erklärte, sie halte ein Bedürfnis nach weitergehender Vorbereitung der männlichen Jugend für die Wehr- pflicht für vorliegend. Sie erwarte aber, daß das in Aussicht stehende Reichsjugendwehrgesetz die Angelegenheit regelt.

Der Berichterstatter der Kammer verworf die Auf- nahme der militärischen Ausbildung; diese solle durch Wandern, Geländebildungen, Kartentouren usw. nur vorbereitet werden. Der Ausbau der Jugendorganisation habe auf parteilicher Grundlage zu erfolgen; vor allem müßten parteipolitische und religiöse Einflüsse, sowie die Trennung der Jugend nach Schichten und Klassen, ferngehalten werden. Für das Land sei die Jugendwehr nicht notwendig; aber in den Städten solle die badische Regierung schon während des Krieges die ent- sprechenden organisatorischen Vorarbeiten in die Wege leiten.

Im Rahmen dieser Vorschläge bewegte sich auch die Diskussion. Bemerkte wurde noch, daß die Heeresverwaltung bei der getroffenen Ausbildung der Jugend Konzeptionen hinsichtlich der Verfürgung der Dienstpflicht machen müsse, sonst werde die Jugend sich gegen den Zwang zur Teilnahme an den Veranstaltungen der Jugendwehr sträuben.

Die Industrie im Kriege.

(Nach dem amtlichen Bericht.)

Die Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses führte die Besprechung der Ernährungsfrage im Kriege zu Ende. Zunächst leitete der Berichterstatter seine Besprechung über die Vermehrung der Produktion ein, indem er auf die zunehmende Bedeutung einer Sicherstellung derselben für eine längere Kriegsdauer hinwies. Es

empfehle sich, keinerlei Maßregeln der Ernährungsfrage zu treffen, welche einwirkend auf die Produktion einwirken könnten. Das bereits von der Staatsregierung wie auch von der Reichsregierung beobachtete Verfahren, durch staatliche Beihilfen die Produktionsmöglichkeit zu erweitern bezw. den Einkaufspreis gewisser Produkte für die Konsumenten in besonderen Fällen herab- zusetzen, habe sich bewährt und könne auch weiterhin empfohlen werden. An diese Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, in welcher sowohl die Forderung einer gesicherten Produktion wie auch die Wünsche der Konsumenten im einzelnen ausführlich erörtert wurden.

Hierauf wurde zur Verhandlung des letzten Punktes der Er- nährungsfragen übergegangen, der sich mit dem Ausbau des Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten beschäftigte. Es wurde von dem Berichterstatter darauf hingewiesen, daß zweifelsohne schon jetzt in der Kriegszeit unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Ver- hältnisse während der Kriegslage eine bessere Verbindung zwischen Produzentengruppen und Konsumententeilen anzustreben sei. Diese Wünsche richteten sich keineswegs auf eine Schwächung des Klein- handels. Unter dem Einbruch der Mobilisierung des Groß- handels mit Lebensmitteln bestehe jedoch keine andere Möglichkeit, den Kleinhandel zurzeit sich erfolgreich betätigen zu lassen, als daß man ihm anempfiehlt, sich in Kriegsbezugsvereinigungen zusammen- zufügen, welche durch Vermittlung der Kommunalverbände von der Zentral-Einkaufsgesellschaft oder anderen monopolistischen Bezugsvereinigungen die zur Verfügung stehenden Vorräte zwecks gerechter Verteilung zu empfangen hätten. Diesen Bezugsver- einigungen würden sich auch die Konsumententeile jeglicher Art anschließen haben. — Aus der Kommission wurde diesen Aus- führungen von mehrfacher Seite beigegeben.

Bei den Beratungen über die Einwirkungen des Krieges auf die Industrie führte der

Berichterstatter Abg. Girsch (Essen) aus: So, wie im vergangenen Jahre das Gesamtbild unserer gewerblichen Tätig- keit von ihm dargestellt sei, zeige es sich auch heute noch. Der Krieg habe auch in seinem weiteren Fortgang unsere wirtschaftliche Kraft und Leistungsfähigkeit nicht zu erschüttern vermocht. Wie auf dem Gebiete der Volksernährung so sei auch auf industriellem Gebiete, auf dem Gebiet der Versorgung von Heer und Be- völkerung mit Munition, Ausrüstungsgegenständen und Verbrauchs- artikeln aller Art, dank der Leistungsfähigkeit unserer gewerb- lichen Tätigkeit, keine Lücke eingetreten. Der Versuch Englands, unsere Gewerbetätigkeit durch Abschneiden der Rohstoffzufuhr zum Erliegen und damit Heer und Volk in schwere Bedrängnis und Not zu bringen, sei dank dem deutschen Gewerbestreife, der, auf Wissen- schaft und Technik gestützt, alle Kräfte anspannte, zurückgefallen ge- worden. Selbstverständlich: ohne Schwierigkeiten und Schädigungen sei es nicht abgegangen. Mancher Einzelbetrieb, mancher Industrie- zweig habe schwer gelitten. Die Gewerbezweige aber, auf die es jetzt ankomme, hätten sich in ihrer Leistungsfähigkeit für Heer und Volk zu erhalten gewußt.

Was für die Landwirtschaft gilt, die für die Ernährung von Heer und Volk zu sorgen hat, nämlich daß sie in der Lage bleiben muß, die nötigen Nahrungsmittel pflanzlicher und tierischer Art zu erzeugen, das gelte auch für die Gewerbetätigkeit.

Redner erörtert zunächst die Maßnahmen, welche zwecks sach- gemäßer Einteilung und Verteilung der vorhandenen und herbei- geschafften Vorräte an Rohstoffen getroffen sind. Diese Maßnahmen seien in vielen Fällen, namentlich bei den Beschlagsnahmen, für die beteiligten Kreise wenig bequem gewesen, hätten aber im großen ganzen zum Ziele geführt. Technik und Wissenschaft hätten dabei tatkräftig eingegriffen, so daß man heute sagen könne, daß wir in allen wirklich unentbehrlichen Rohstoffen versorgt seien und ein irgendwie bedenklicher Mangel nicht eintreten könne. Für manche Stoffe sei unter dem Druck der Zwangslage Ersatz geschaffen, der uns in Zukunft in verschiedenen Punkten dem Auslande unab- hängiger stellen werde, als wir es vor dem Kriege gewesen sind.

Bezüglich der Beschlagsnahmen spricht Redner den Wunsch aus, daß unnötige Härten vermieden werden möchten, insbesondere auch solche, die geeignet erscheinen, die Wieder- entfaltung der betreffenden Industriezweige nach dem Kriege zu beeinträchtigen oder gar unmöglich zu machen. Er äußerte ferner den Wunsch, daß bei den Beschlagsnahmen für militärische Zwecke das Augenmerk in erster Linie gerichtet werden möge auf feindliche und besetzte Gebiete. Rücksicht möge, wo sie geboten erscheine, auch in Feindesland geübt werden, aber in keinem Falle auf Kosten des deutschen Volkes.

Bezüglich der Ausfuhr führte Berichterstatter aus, daß, wenn auch unser ganzes Wirtschaftsleben sich unter dem Druck der Ver- hältnisse mehr und mehr auf die Versorgung des Inlandsmarktes unter Einfluß des Heeres eingestellt habe, doch noch mancher Betrieb und Industriezweig vorhanden sei, für den hinsichtlich seiner Aufrechterhaltung und der Aufrechterhaltung seiner Leistungsfähigkeit die, wenn auch beschränkte, Arbeit für den Auslandsmarkt von Bedeutung sei, von der politischen und finanz- politischen Bedeutung der Erhaltung der Ausfuhr ganz abgesehen.

Bezüglich der Arbeiterfrage betonte der Redner die Not- wendigkeit, unbeschadet der Wahrung der rein militärischen Interessen, der Gewerbetätigkeit und insbesondere den Zweigen, die für die Aus- rüstung des Heeres wie für die Ernährung tätig sind, diejenigen Arbeits- kräfte zu belassen, die zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit jener Zweige notwendig sind. Hier müßte der Zusammenhang der Dinge, die an der Front vor sich gehen, und der Dinge, die hinter der Front sich abspielen, sowie das Verhältnis für diesen Zusammenhang immer gewahrt bleiben. Das schließe nicht aus, daß scharf geprüft werde, ob nicht Verschwendung mit Menschen- kraft vorliege.

Der Berichterstatter besprach alsdann die Verhältnisse in einigen Hauptindustriezweigen, insbesondere in dem Kohlenbergbau und der Eisenindustrie. An seine Ausführungen knüpfte sich eine aus- gedehnte Erörterung, in der eine große Reihe von Einzelfragen besprochen wurde. An den Erörterungen beteiligten sich Mit- glieder sämtlicher Parteien wie auch Vertreter der Regierung. Uebereinstimmend wurde der Ansicht und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die in der Zeit der kriegerischen Notwendigkeiten zu- gelassene und durch sie bedingte ausgedehntere Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter wie überhaupt die Vorschriften, durch welche die einschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeitern und Ar- beiterinnen gegen früher wesentlich erweitert worden sind, auf- gehoben werden möchten, sobald die Ursachen in Fortfall gekommen sein werden.

Aus der Partei.

Zum „Ausbau“ der Parteikorrespondenz

schreibt die „Leipziger Volkszeitung“: Die Parteikorrespondenz wird bekanntlich vom Genossen Schöpplin redigiert, der einer der eifrigsten Vertreter der Politik des 4. August ist. Wir nehmen deshalb an, daß die „sachlichen Mitteilungen“, um welche die Korrespondenz künftig be- reichert werden soll — bisher sollte sie lediglich eine objektive Materialsammlung sein — die Richtung des Redakteurs nicht ver- leugern werden. Das und die Absicht des Parteivorstandes, die Korrespondenz künftig weiteren Kreisen als bislang zuzustellen, lassen deutlich die Absicht erkennen, ein Organ zu schaffen, das die Anschauungen des Parteivorstandes oder wichtiger seiner Wehrheit den Genossen vortragen und mundgerecht machen soll. Wir haben nichts dagegen, beitreten dem Vorstand bezw. seiner Mehrheit das

Recht zur Herausgabe eines solchen Organs durchaus nicht. Aber fordern müssen wir, daß die Eigenschaft des Blattes als Organ der Parteivorstandsmehrheit deutlich zu erkennen gegeben und nicht die Beeinflussung der Genossen unter der falschen Flagge einer objektiven Materialsammlung zu bedecken versucht wird. Es ist nicht da- gegen einzuwenden, wenn der Beauftragte der Parteivorstands- mehrheit gegen Äußerungen, die er für falsch hält, oder die ihr nicht passen, seine bezw. ihre Meinung kundgibt, aber protestiert muß dagegen werden, wenn den Parteigenossen diese Meinung als „sachliche Mitteilungen“ aufgedrängt werden sollte. Klare und richtige Flagge, das ist's, was wir vom Vorstand ver- langen!

Wir können diesen Ausführungen nur zustimmen, behalten uns aber vor, zu geeigneter Zeit auf die Angelegenheit zurückzukommen. Die Erfurter „Tribüne“ bemerkt:

„Das wäre nun also für den „Vorwärts“ die offizielle Ab- erkennung des Titels „Zentralorgan“, zu der aber der Parteivorstand nicht das Recht hat. Aber das macht nichts, und wenn auch der Parteitag die Absetzung des „Vorwärts“ als Zentralorgan be- schließen sollte, so hoffen wir doch, daß er gleich unerföhren und energisch wie bisher die Interessen der Partei und vor allem diejenigen der Masse der Parteigenossen vertritt, selbst auf die zu er- tragende Gefahr hin, wenn die systematische Dege nun auch von der Parteiburekratie in aller Öffentlichkeit betrieben werden sollte, wie sie die Bureaucratie der Gewerkschaften schon seit längerer Zeit recht eifrig besorgt.“

Verichtigung.

Wir hatten vor einiger Zeit die Notiz gebracht, daß der Solinger Wahlkreis das Angebot des Abgeordneten des Kreises, des Genossen Scheidemann, in einer Anzahl Versammlungen über die Kriegsfragen zu sprechen, abgelehnt habe, weil man erst die Möglichkeit einer freien Diskussion abwarten wolle.

Genosse Scheidemann sendet uns heute eine „Verichtigung“, worin er um die Feststellung ersucht, daß das Angebot zu Refe- raten nicht von ihm ausgegangen sei. Zum Beweis dafür teilt er einen Brief des Solinger Parteisekretärs aus der Mitte des November mit, der folgenden Inhalt hatte:

„Die Oblioger Genossen wünschen, daß Sie demnächst eine Versammlung bei ihnen abhalten möchten. Das Thema soll Ihnen überlassen sein.“

Ich bin also aufgefordert worden, zu reden und habe dar- auf geantwortet:

Berlin, 23. November 1915.

Ich bin gerne bereit, in Obliog eine Versammlung abzu- halten. Vielleicht ließen sich gleich mehrere Versammlungen im Kreise arrangieren. Als Thema schlage ich vor: „Das deutsche Volk im Kriege.“

Uebrigens fällt mir ein, daß der Staatsminister A. J. J. ... wörtlich gesagt hat: „Ich habe eine Liste solcher Personen ge- sehen, denen das Reden ... verboten ist. Auf dieser Liste steht auch der Herr Abg. Scheidemann.“

Na, probieren müssen wir auf alle Fälle, daß ich sprechen kann, alle anderen Abgeordneten dürfen es doch auch.

P. H. Scheidemann.

Zur Ergänzung dieser Darstellung fügen wir noch den späteren Briefwechsel zwischen Scheidemann und dem Parteisekretär in Solingen hinzu, den Scheidemann in der „Schwäb. Tagwacht“ ver- öffentlichte:

Parteisekretär B. an mich:

Solingen, 9. 1. 16.

Er habe meinen Brief damals den Oblioger Genossen in Ab- schrift zugelegt, aber keine Antwort erhalten. Von den übrigen Distrikten werde keine Versammlung gewünscht... Es hat sich eine Sitzung der Funktionäre nötig gemacht. Wir werden dann die Versammlungsangelegenheit mit erledigen. Wenn Sie mir Jhou angeben wollen, welcher Tag Ihnen passend ist, läßt sich die Sache vielleicht gleich endgültig regeln.

Ich an den Parteisekretär B.:

Berlin, 10. 1. 16.

Ich stelle mich zur Verfügung zu beliebig viel Versammlungen in der Woche vom 23. bis 29. 1.

Parteisekretär B. an mich:

Solingen, 17. 1. 16.

Die Funktionärssitzung von Obliog hat es am Samstagabend abgelehnt, gegenseitig eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Zu dem gleichen Resultat kam am gleichen Abend eine Mitglieder- versammlung der Solinger Distrikte, die sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigte. Die Genossen sagten sich, daß ein Referent augenblicklich doch nicht so reden könne, wie er möchte und wie es notwendig wäre, da die Polizei Schwierigkeiten aller Art mache...

Rudmals die Generalkommission.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ beantwortet unsere letzte Kennzeichnung seiner eigenartigen Bedorundungs- gelüste der Partei abermals mit einem vier Spalten langen Artikel. Da es sachlich nichts halbwegs Stichhaltiges mehr vorzubringen weiß, ergeht es sich in allerhand Anrempelungen der „Vorwärts“- Redaktion, die ihm offenbar besonders geistreich erscheinen. Ein Schein gibt mehr, als er hat.

In der Sache selbst erklärt das Blatt der Generalkommission, daß die „Gewerkschaften“ an der Politik des 4. August „unter allen Umständen“ festhalten würden. Da die Generalkommission, wie sich täglich deutlicher zeigt, nicht das mindeste Recht hat, im Namen der Gewerkschaftsmitglieder selbst zu sprechen, ver- lohnt es sich nicht, sich länger mit ihr herumzuschlagen. Mühen die Region und Genossen es halten, wie sie es verantworten zu können glauben; die Partei wird sich in ihren Entscheidungen da- durch nicht beeinflussen lassen. Will die Generalkommission es auf einen Konflikt mit den sozialdemokratischen Massen in Partei und Gewerkschaften ankommen lassen, so mag sie die Verantwortung dafür tragen.

Nur über eine der für die polemische Kammer der Generalkommission typische Bemerkung des „Correspondenzblattes“ ein paar Worte. Das kurze Vergnügen, dem „Vorwärts“ das Recht zu bestreiten, im Namen breiter Massen der Partei zu sprechen, gönnen wir ihm. Aber unanständig in mehr als einem Sinne ist es, wenn sich das Blatt den Sach leistet:

„Daß überdies der „Vorwärts“ sich so oft auf die Massen bezieht, nachdem er es glücklich so weit gebracht hat, die Masse seiner Leser zur bürgerlichen Presse hinüberzugraulen. Beweist, daß es sich für ihn nur um ein Raffengepenst handeln kann, mit dem er Kinder schrecken möchte.“

Sollte es der Generalkommission wirklich völlig unbelannt ge- blieben sein, daß auch der Abonnentenstand der Gewerkschafts- presse einen beträchtlichen Abonnentenrückgang zu ver- zeichnen hat? Und sollte sie nicht wissen, daß die Parteipresse ganz allgemein in durch die massenhaften Einberufungen eine Ver- minderung ihrer Abonnentenzahl erlitten hat, die hinter der des „Vorwärts“ keineswegs zurücksteht?

Wenn die Generalkommission wirklich so ahnungslos sein sollte, können wir ihr verraten, daß auch Blätter, die den Standpunkt der Fraktionsmehrheit und der Generalkommission teilen, prozentual stärker durch Abonnentenrückgang betroffen worden sind als der „Vorwärts“, der mit der Zahl seiner Abonnenten nach Lage der Dinge ganz zufrieden sein kann.

Todes-Anzeigen



**Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!**

Am 17. Januar 1916 fiel auf dem Schlachtfelde unser Genosse
Bruno Klausch
20 Jahre alt, Urbanstr. 34, Bez. 127.
Sozialdemokr. Wahlverein I. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 23. Januar fiel im Alter von 25 Jahren der Metallbrüder
Felix Bäcker
Soraner Str. 23, Bez. 191 II

Im Oktober 1915 fiel der Maurer
Otto Gordetzki
Nigaer Str. 61, Bez. 359.

Am 2. Januar starb im Alter von 42 Jahren der Graveur
Gustav Michelis
Faldensteinstr. 48, Bez. 182 I.
Sozialdemokr. Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkr.

Am 10. Januar fiel der Dreher
Albert Kaufmann
26 Jahre alt, Kälender Str. 3, 6. USt., Bez. 572.
Sozialdemokr. Wahlverein I. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Im Lazarett starb am 15. Januar 1916 der Schriftfeger
Robert Halisch
Berliner Str. 76, 5. Bezirk.

Ein einer Verwundung starb der Schlosser
Paul Walla
Erstr. 6, 7. Bezirk.
Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Eugen Hampel
Nölsstr. 174, gefallen am 8. Januar 1916.
Soziald. Kreis-Wahlverein Niederbarnim, Bez. Weißensee.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filliale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf dem Schlachtfelde gefallen sind:
Robert Drucks, 35. Revier-Inspektion.
Reinhold Fiedler, Irrenanstalt Herzberge.
Paul Dalichau, Kanalisation.
Karl Schunke, 36. Revier-Inspektion.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.
Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:
Wilhelm Buth, Industriearbeiter.
Otto Carow, Geschäftsdienner.
Walter Dorszewski, Industriearbeit.
Gustav Jahn, Selterkutscher.
Bernh. Janitzki, Droschkenchauffeur.
Paul Krickow, Geschäftskutscher.
Paul Ladhoff, Geschäftsdienner.
Erich Ludwig, Branccreiarbeiter.
Otto Ludwig, Lagerarbeiter.
Max Marschal, Lagerarbeiter.
Karl Staar, Geschäftsdienner.
Max Wundersee, Geschäftskutscher.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksleitung.

**Am 10. Januar fiel als Opfer dieses Krieges unser
lieber braver Kollege, der Dreher**

Albert Kaufmann
geb. 26. Dezember 1890 zu Kanin.
Sein aufrechter Charakter sichert ihm ein dauerndes Gedenken.
**Die Kollegen der Maschinenbau-Dreherei
der Firma C. P. Goerz, Friedenau.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse
Dr. Felix Davidsohn
Dramenstraße 51
an den Folgen einer Infektion
im Felde verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 6. Februar, nach-
mittags 2 Uhr, auf dem jüdischen
Friedhof in Weißensee von der
neuen Halle aus statt. 209/4
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**
Köpenicker Viertel. Bezirk 191 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Reinhold Hermann
Soraner Str. 24
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 7. Februar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Schmied
Hermann Flügel
Ehauffestr. 42
am 3. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 6. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gnaden-Kirchhofes in der
Barfußstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Maschinenarbeiter
Reinhold Herrmann
Soraner Str. 24
am 3. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 7. Februar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Ein Opfer des Welt-
krieges wurde am 23. Ja-
nuar 1916 mein innigst-
geliebter Mann, Schwager
und Onkel, der Landsturmann
Julius Jahn
Reserve-Infanterie-Regt. Nr. 202
In tiefstem Schmerz
Die trauernde Gattin **Minna Jahn**
nebst Kindern, Gwylstr. 38.
Du warst mein Glück, vom Schick-
sal mir erkoren,
Mein Leben, meine Sonne warst
nur Du!
Die Sonne schwand, Dein Leben
ging verloren —
Wie gern ging ich mit Dir zur
Ruhe!
Doch leider ist dies mir nicht be-
schieden,
Dram schlamm're sanft, Du liebes,
gutes Herz;
Gott schenke Dir den ewigen
Frieden,
Ewig beweint von mir in meinem
Schmerz. —
Ich hab' ein schönes, langes Glück
besessen;
Kun schlummert es, auf ewig
undergessen.

Als Opfer des Weltkrieges starb
insolge Blutvergiftung am 1. Fe-
bruar 1916 mein innigstgeliebter
Mann, treuergender Vater seiner
beiden Kinder, der Wehrmann
Paul Mewes
im Alter von 31 Jahren.
Dies zeigen im tiefsten
Schmerze an
Frau Helene Mewes geb. Stolz
und Kinder **Lottchen und Heinz**
nebst Anverwandten,
Pantow, Prinz-Heinrich-Str. 5.
Allzu früh verließ Du die
Deinen,
Die in der Heimat bitter Tränen
um Dich weinen.
Ich hätten wir noch einmal
Dich geseh'n,
Oder könnten wir zu Deinem
Grabe geh'n.
Verlassen bin ich und Deine
lieben Kinder,
Die ihren lieben Vater nimmer
finden,
Verloren ist mein Liebste, was
ich hatte,
Vorbei ist Hoffnung, Liebe und
Glück.
Treu, brav und bescheiden war
sein Herz;
Wer ihn gekannt, läßt meinen
Schmerz.

Danksegung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kräftspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
Ewald Hentschler
lage ich hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten sowie den
Kollegen der Firma **Georg Brauer,**
dem **Rauchklub „Humor“**, **Deutscher**
Rauchklub, dem **Deutschen Metall-**
arbeiter-Verband, **Ortsverwaltung**
Berlin, dem **Sozialdemokratischen**
Wahlverein Stralau und dem **Ges-**
angverein „Stralau“ meinen herz-
lichsten Dank.
Witwe Emma Hentschler
nebst Kindern.

**Zentralverband der Lederarbeiter
und -Arbeiterinnen Deutschlands.**
Ortsverein Berlin II.
Der Kollege
Hermann Wolter
welcher seit 5. August 1914 im
Felde stand, ist am 3. d. Mts., im
Alter von 36 Jahren an Tuberku-
lose verstorben. Er erfreute sich
vor dem Kriege der besten Ge-
sundheit.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 8. d. Mts., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des Zuhlen-Friedhofes, Fürsten-
brunner Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Am 2. Februar verchied nach
längerem schweren Leiden mein
Berkührer
Ludwig Müller.
Derselbe hat sich in den langen
Jahren seiner Tätigkeit bei meinem
Vorgänger und mir durch überaus
treue Pflichterfüllung und reges
Geschäftsinteresse auszeichnet.
Ich bedauere das allzu frühe
Hincheiden dieses bewährten Mit-
arbeiters aufs tiefste und werde
ihm jederzeit ein ehrendes Ge-
denken bewahren. 119/2
Arthur Landsberger
i. H. **Eduard Pincuss**, Berlin O.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 7. Februar, auf
dem jüdischen Friedhofe zu
Friedrichsfelde, Gudrunstr., statt.

Am 21. Januar starb fern von
seinen Lieben in einem Feldlaga-
reit an den Folgen seiner schweren
Kopfschüttverwundung mein innig-
geliebter Mann, Vater seiner bei-
den kleinen, lieben Kinder, der
Erfahrungsvoll 85/1

Wilhelm Schröder
(Inf.-Regt. Nr. 878)
im 32. Lebensjahre.
In tiefstem Schmerz
Marie Schröder geb. Scheibe,
Räthchen und Kurt als Kinder
und Angehörige.

Wie schwer war Dir das Scheiden
von uns, geliebtes Herz,
Weißt nicht, was wir jetzt leiden,
In diesem, großem Schmerz.
Wir haben alle Tage,
Ich lehre bald zurück,
Doch fehlt nur eine Klage,
Vorbei ist unser Glück.
Nieder Papa, ruh' in Frieden,
Ewig beweint von Deinen Lieben.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Schwieger- und Großvater, der
Metallarbeiter
Reinhold Herrmann
im Alter von 49 Jahren nach
kurzem Leiden am 3. Februar
sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen
Soraner Str. 24.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 7. Februar 1916, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichenhalle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt.

Nach dreizehnmonatigen schweren
Kämpfen starb am 10. Januar
1916 den Heldenod fürs Vater-
land unser innigstgeliebter Sohn
und Bruder, der **Musikler**
Max Clément
Inf.-Regiment Nr. 189, 8. Komp.
Die tieftrauernden Eltern,
Karl als Bruder, 3. St. im Felde,
Margarete als Schwester,
Wilhelm als Bruder,
Ernst als Bruder,
Hans als Bruder.

Auf fremder Erde schwer und
müde,
Sanft bin Dein Haupt zur ewigen
Ruhe.
Fürs Vaterland gabst Du Dein
Leben,
Schloß wohl, Du wackerer Streiter
Du,
Du läßtst jetzt von den Wägen
Des Lebens keine mehr.
Kun ist's vorbei, es kann nicht
mehr gesch'n Dein Wunsch:
Einmal möcht' ich die Heimat
wiederseh'n.
Schlaf in Frieden, schlaf in Ruh,
Unsere Liebe deckt Dich zu. 2165*

Danksegung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kräftspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
Ewald Hentschler
lage ich hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten sowie den
Kollegen der Firma **Georg Brauer,**
dem **Rauchklub „Humor“**, **Deutscher**
Rauchklub, dem **Deutschen Metall-**
arbeiter-Verband, **Ortsverwaltung**
Berlin, dem **Sozialdemokratischen**
Wahlverein Stralau und dem **Ges-**
angverein „Stralau“ meinen herz-
lichsten Dank.
Witwe Emma Hentschler
nebst Kindern.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen Kollegen.
Max Baier, Schlosser,
geb. 22. 6. 1893 zu Neumarkt.
Felix Baecker, Drücker,
geb. 2. 5. 1890 zu Gding.
Walter Böker, Werkzeugmacher,
geb. 21. 9. 1894 zu Berlin.
Willi Kickbusch, Metallarbeiter,
geb. 4. 6. 1893 zu Grefenbergr.
Artur Koch, Gärtler,
geb. 9. 8. 1881 zu Berlin.
Karl Nehmer, Schlosser,
geb. 23. 5. 1886 zu Sietlin.
Johannes Porath, Schlosser,
geb. 20. 6. 1894 zu Rogow.
Alois Preußner, Schlosser,
geb. 19. 7. 1893 zu Wolstrag.
Albert Runge, Schlosser,
geb. 18. 4. 1875 zu Carow.
Max Scholz, Rohrleger,
geb. 4. 8. 1873 zu Berlin.
Rudolf Wagner, Schlosser,
geb. 24. 8. 1888 zu Berlin.
Max Wolske, Graveur,
geb. 26. 7. 1887 zu Berlin.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Hierdurch teilen wir sämtlichen Kollegen und Freunden mit,
daß unser lieber Kollege, der Uhrmacher und Mechaniker
Gustav Diehne
plötzlich an Herzschlag verstorben ist.
Die Beerdigung wird noch näher bekannt gegeben.
Seine Kollegen. J. A. Lufas.

Berliner Schwimmklub
„Freiheit“.
Auf dem Felde der Ehre fiel
unser Schwimmgewisse
Hermann Riewe.
Die Schwimmgewissen
und -genossinnen.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 17. Januar 1916 im Vahenden
Alter von 20 Jahren unser lieber,
braver Sohn und Bruder
Bruno Klausch.
In tiefem Schmerz
Die trauernden Eltern
und Geschwister.
Ruhe in Frieden!

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 25. Januar 1916 an den
Folgen eines Brustschusses unser
lieber Kollege der Lagerarbeiter
Max Marschall
Jäger d. 5. aktiven Jäger-Bataillon
im 32. Lebensjahre.
Sein Andenken werden wir stets
in Ehren halten. 121/1
Die Kollegen
der Deutschen Telephon-Werke.
Ruhe sanft in fremder Erde.

Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Danksegung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und reichen Blumen-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes
Gustav Gragen
lage ich hiermit allen Verwandten
und Bekannten sowie der Direktion,
den Kolleginnen und Kollegen der
Firma **„Berke“**, dem **Deutschen**
Metallarbeiterverband und dem **Ver-**
ein der Kolonisten Lichtenberg meinen
herzlichsten Dank. 14/1
Witwe Minna Gragen,
Lichtenberg, Reiffingstraße 16.

Danksegung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meiner lieben Frau
Klara Laube
lage ich allen Freunden, Verwandten
und Bekannten meinen innigsten Dank.
Karl Laube.

Danksegung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes
Heinrich Hallmann
lage ich allen Freunden und Bekannten,
dem **Sozialdemokratischen Wahlverein**
Lichtenberg, Gruppe 53, dem **Deutschen**
Textilarbeiter-Verband sowie den
Kollegen der Firma **Oppenheim**
meinen innigsten und besten Dank.
Witwe Pauline Hallmann.

Danksegung.
Für die herzliche Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
und Vaters sagen wir allen Teil-
nehmern unseren tiefgefühlten Dank.
Witwe Mandensfeldt und Kinder.

**WANDER-
BÜCHER**
in die Umgebung
Berlins sind stets
vorhanden in der
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68 :: Lindenstrasse 3

Keine Petroleum-Not!
Wunderbar helles Licht durch unsere vorzüglic. **Carbit-Tischlampen**
Viel besser und billiger als Petroleum. (Brennstoffen p. Stunde nur 1 1/2 Pf.).
Vollständige Lampe 4.50 M., fein vermindelt 7.50 M. Jahr. Danke
Verband p. Nachfrage von **Kogge & Bähr, Berlin, Rauerstr. 83/84**

Mittwoch, den 9. Februar: Zahlabend in Groß-Berlin.

Aus Groß-Berlin.

Touren-Eisbahnen in der Mark.

Hoher Wasserstand und anhaltender Frost sind auf dem besten Wege, ideal schöne Eisbahnen zu schaffen. Die märkischen langgedehnten und auf weiten Strecken ansehnlich breiten Flußläufe, wie Havel und Dahme, die überschwemmten Wiesen des Havellandes und vor allem die nach vielen Hunderten zählenden, wohl selten so zahlreich beieinander zu findenden Seen — das reicht zum Eislauf selbst für die Millionenstadt an der Spree. Noch ist es ja nicht ganz soweit. Am Wettermesser jongliert die Quecksilberkugel immer noch erst knapp um den nullten Grad herum. Aber nur wenige beständige Frostnächte, dann erfüllt sich das Sehnen auch der anspruchsvollsten Käufer aus stählernen Schuhen.

Der Berliner ist heute fast noch genügsamer als früher im Eislaufvergnügen. Er nimmt vorlieb mit den künstlichen Eisbahnen, wo es bei der dünnen Eismasse, elektrischer Beleuchtung, zweifelhaftem Erog und Blühwein so „wunder schönen Glitz“ gibt. Die verwitterten Säune und die reklamebemalten Hausgiebel ringsum sind das Gegenteil von Natur, aber das tut dem Vergnügen keinen Abbruch. Für Schulkinder ist ja die Kunsteisbahn auch das sicherste, wenn sie nicht von Vätern, der in der Woche hart arbeiten muß, Sonntags auf den gefrorenen Fluß oder See mitgenommen werden können. Man kann sogar nur wünschen, daß diese Schülereisbahnen aus öffentlichen Mitteln so zahlreich als möglich bereitgehalten werden. Selbst in der Kriegszeit mit ihren schweren Geldsorgen der unteren Bevölkerungsklassen mögen die Großberliner Stadtverwaltungen den Wintersport der Jugend nicht aus sonst gebotener Sparsamkeit ganz unberücksichtigt lassen.

In der Woche sind auch noch die wenigen Eislaufbahnen in Berlin und dicht an der Reichsgrenze, die ohne Eis „feine Vallen haben“, wie die Tiergartengewässer und der Treptower Karpfenteich, gut besucht. Am Eissonntag aber ist das Ziel von Zehntausenden der waldumkränzte, spiegelblanke Müggelsee im Osten und der Wannsee im Westen. Nach entfernteren märkischen Eisgebieten, die unergleichlich schön sind, verirren sich leider nur sehr wenige Käufer, eigentlich nur die ganz richtiggehenden Eisportler, die den Menschenmassen ausweichen und lieber erst eine Stunde mit der Eisenbahn fahren, um die Eiseinsamkeit ungestört zu genießen. Dafür ist aber auch der Naturreiz bei solchen ausgedehnten märkischen Eislauf-touren großartig. Alle die herrlichen Seensfahrten in die weitere Berliner Umgebung, die an dieser Stelle warmempfinden geschilbert worden sind, bieten auch im eisgepanzten Kleide eine Fülle des Schönen. Nur muß man hier wesentlich anders ausgerüstet sein, früh aufstehen und sich auf den ganzen Tag oder noch besser auf eine Zweitagetour einrichten, auch eine gewisse Vertrautheit mit den Eisverhältnissen der einzelnen Fluß- und Seebahnen besitzen.

Je mehr sich die natürlichen Eisbahnen von Berlin entfernen, desto weniger sind Vorsichtsmaßregeln getroffen. Das Betreten des Eises ist im allgemeinen nicht verboten, aber wer es wagt, tut es auf eigene Verantwortung. In Anbetracht des geringen Besuches findet gewöhnlich auch keine behördliche Abnahme und Freigabe statt. Selbst die offenen Stellen, die durch warme Quellen und Fischlumen entstehen, sind nicht immer durch Strohwische kenntlich gemacht. Häufig freieren die Fischlöcher über Nacht wieder zu und sind am Morgen nur mit einer dünnen Eisschicht bedeckt. In den Ufern ist das Eis besonders bei starken Wiegungen vielfach selbst dann dünn und brüchig, wenn es in der Mitte unbedingelt hält. Ueberhaupt wird das Eis in der Wassermasse für am tragfähigsten gehalten. Man muß also auf allen diesen Gewässern scharfe Augen haben und das Eislaufen mit Einbruch der Dämmerung am besten einstellen. Hilfe ist in solchen von bewohnten Stätten ziemlich entfernten Gegenden meist ausgeschlossen. Unter Beobachtung der einfachsten Vorsicht wird man trotzdem so leicht nicht in Gefahr kommen, wenn überhaupt das Eis stark ist. Dann soll auch das Knacken und Krachen unter dem Eise oder ein plötzlich sich zeigender langer Riß nicht erschrecken. Zu längeren Fahrten ist der alte holländische Schlittschuh mit Riemen und auf Holz gearbeitet der geeignetste.

Aus der großen Zahl prächtiger Tagestouren seien hier neben den wasserreichen Gegenden in Potsdam, Spandau und Oranienburg noch besonders folgende Strecken genannt: Von Erkner oder schon vom Müggelsee über den Damerig- und Flakensee nach Woltersdorf und den Rüdersdorfer Kalkbergen, von Grünau über die Dahme nach Königswusterhausen, von letzterem Orte durch die herrlichen Seen des Duberower Jagdgebietes bis zum Teupitzsee oder abshwenkend bis in den Scharmühssee bei Fürstenwalde, von Erkner und Woltersdorf über die Vöcknitz bis nach Alt-Buchhorst und noch weiter in den Müllensee.

Ob die Eisportler in diesem Monat noch auf ihre Rechnung kommen, ist ungewiß.

Ohne Provision keine Aufträge.

Der Krieg hat eine neue Seite des Erwerbsebens zur reifsten Entfaltung gebracht: die Provisionsjagd! Daß diese Tätigkeit ebenso mühsam wie einträglich ist, dürfte bekannt sein. Wer es nicht weiß, den erinnern wir an eine kürzlich stattgefundene Gerichtsverhandlung, in der zur Sprache kam, daß einer dieser Vermittler am Telefon in wenigen Minuten 6000 M. verdient hat! Ein Vermögen! Und da gibt es noch Leute, die einem Arbeiter, der täglich 12 Stunden und länger Granaten dreht, 80 M. Wochenverdienst mitbringen.

Mit Provision ist jedenfalls mehr zu verdienen. „Aber direkten Aufträgen gibt es keine Aufträge, wenn nicht Provision gezahlt wird.“ sagte kürzlich ein Unternehmer vor der Schlichtungskommission der Schneider.

Bei einer Sandbadlieferung von zwei Millionen Stück mußten pro Stück 1/2 Pf. an den Vermittler gezahlt werden. Die Lieferung ging durch 4—5 Hände. „Da kann freilich für den letzten Unternehmer nicht mehr viel übrig bleiben,“ meinte mit Recht ein Arbeitervertreter.

Ein Zwischenmeister hatte für Zuweisung von Holzbezügen 50 Pf. Provision bezahlet sollen — pro Stück! Arbeitslohn erhielt er 5 M. pro Stück und mußte sie noch selbst zuschneiden.

Auf seinen Protest hin begnügte sich der famose Vermittler mit 25 Pf. pro Stück. Das Gericht bezeichnete dies einmütig als unerkörnt und die antwortenden Offiziere vom Bekleidungsamt ließen sich die Adresse von dem Vermittler geben. Es kam noch zur Sprache, daß dessen Schwager in vier Wochen 100 000 M. an Militärlieferungen verdient hat, und ein anderer Unternehmer, der vor dem Kriege sich noch mühsam durchs Leben schlug, verfügt heute über 150 000 M.

„Seh'n Sie, das ist ein Geschäft. . .“ Das Geld liegt auf der Straße, man muß es nur aufzuheben verstehen!

Fleischkarten — aber kein Fleisch.

Der Magistrat hat neuerdings Fleischkarten ausgegeben, die zum Bezuge frischen Schweinefleisches berechtigen, das in besonderen Markthallenständen und auch in einzelnen anderen Verkaufsstellen feilgehalten wird. Bei den heutigen hohen Fleischpreisen ist die Nachfrage nach dem von der Stadt herausgegebenen frischen Schweinefleisch sehr stark. Die Brotkommissionen wurden aufgesucht und um Ausstellung der Fleischkarten angegangen. Und dann ging's nach der Halle, um mit der Fleischkarte in der Hand ein halbes oder ein Pfund Fleisch zu erleben.

Das ist aber leichter gesagt als getan. Die Zahl der Stände ist vollkommen unzulänglich und viele Frauen haben den Weg umsonst gemacht. Bevor sie an die Stände kamen, war das Fleisch ausverkauft oder es war Geschäftsschluß eingetreten und verärgert gingen die Frauen ohne Fleisch heim in dem Bewußtsein, viel Zeit umsonst geopfert zu haben. Hier muß Remedur eintreten. Der Magistrat sollte sich einmal durch Augenschein von den Verhältnissen überzeugen und er wird uns recht geben, wenn wir sagen: Hier tut Abhilfe dringend not!

Auch eine Regelung der Butterverteilung läßt sich nicht mehr hinauszögern. Ist diese Lösung speziell für Berlin recht schwierig, so muß wenigstens versucht werden, eine Regelung zu schaffen. Die Frauen, viele mit kleinen Kindern, können sich nicht stundenlang auf der Straße aufstellen, der Witterung vollständig preisgegeben. Es muß eine bessere Verteilung der Butter möglich sein.

Arbeiterbildungsschule. Heute, Sonntag, den 6. Februar, beginnt der vier Abende umfassende Zyklus von Einzelvorträgen über das Thema: „Kunst im täglichen Leben, in Vergangenheit und Gegenwart“. Für diese Vorträge ist Herr Dr. Vernoulli, Assistent an den königlichen Museen gewonnen, der seine Ausführungen mit eigenen Lichtbildern erläutern wird. Der erste Vortragabend wird die Baukunst behandeln, und zwar: die Stadt als Organismus und Kunstwerk; das Straßen- und Platzbild; das Einzelgebäude und seine Beziehungen zu Zweck und Form; Verwaltungs- und Repräsentationsbau, Kirchenbau, Wohnbau; Ländliche Bauweise, Gartenstadt, Gartenbau.

Die Vorträge beginnen um 7 1/2 Uhr abends und finden im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3 Treppen, statt. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf.

Konzert des Bezirksbildungsausschusses.

Sonnabend, den 12. Februar, abends 8 1/4 Uhr, findet das zweite Winterkonzert des Bezirksbildungsausschusses in der Festhalle des Berliner Stadthauses statt. An diesem Abend werden u. a. mitwirken: als Sängerin Frau Paula Weinbaum, Herr Wilhelm Scholz (Klavier) sowie der Männerchor Typographia unter Leitung des Chormeisters Alexander Weinbaum.

Um möglichst weiten Kreisen der Berliner Arbeiterschaft den Besuch dieses Konzertes zu ermöglichen, ist der Eintrittspreis wieder auf 30 Pf. festgesetzt. Da am Konzertabend eine Abendkasse nicht eröffnet wird, müssen die Eintrittskarten im Vorverkauf in den nachstehenden Verkaufsstellen bezogen werden.

Die Vorkaufsstellen befinden sich:

- a) Berlin: Restaurant Paersch, N.W., Oldenburger Str. 10. Restaurant Schode, N., Eöbliner Str. 9. Restaurant Vöhr, N., Badstr. 44. Restaurant Dobrowol, N., Swinemünder Str. 11. Restaurant Dahms, N., Schlegelstr. 9. „Vorwärts“-Expedition Wars, Greifenhagener Str. 22. Restaurant Hochhaus, Schlickestr. 99. „Vorwärts“-Expedition Buch, Immanuelstr. 12. Zigarrengeschäft Weisse, Georgenkirchstr. 61. „Vorwärts“-Expedition Danisch, Adlerstr. 174. Restaurant Stein, An der Stralauer Brücke 3. Restaurant Reguhl, Bischofstr. 12. Restaurant Weihnacht, Grünstr. 21. Wahlvereinsbureau 4. Kreis, Stralauer Platz 10/11. Zigarrengeschäft Dietrich, Romintener Str. 46. Zigarrengeschäft Peters, Wilhelm-Str. 8. Restaurant Ritz, Skalher Str. 56. Zigarrengeschäft Horsch, Engelstr. 15. Restaurant Felsmann, Oranienstr. 180. Zigarrengeschäft Bayer, Schönleinstr. 23. Zigarrengeschäft Lazarus, Steinmehstr. 60. Zigarrengeschäft Schröder, Vogelberger Str. 53.
- b) In den Vororten: Steglitz-Friedenau: Frh Hellmann, Steglitz, Schildhornstr. 89. Schöneberg: „Vorwärts“-Expedition Wämler, Martin-Luther-Str. 69. Charlottenburg: Hildebrand, Wallstr. 23 (Konsumgeschäft). Neukölln: Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 3. Treptow-Waumschulenberg: Restaurant Scholz, Treptow, Gröbstr. 49. Lichtenberg: Bureau des Kreiswahlvereins, Neue Bahnhofstr. 81. Oberschöneweide: W. Vobell, Edisonstr. 50 (Konsumgeschäft). Panitzsch: W. Grohmann, Kreuzstr. 14. Weichensee: „Vorwärts“-Expedition Hochkopf, Berliner Allee 11. Reinickendorf: Konsumgeschäft, Wilhelmstr. 25. Tempelhof: Konsumgeschäft, Dorfstr. 21/22. Wilmersdorf: Otto Oppenborn, Paradiesstr. 7.

Die Einziehung der Beiträge zur Volksspende.

Der Magistrat teilt mit, daß mit der Einziehung der für die Berliner Volksspende gezeichneten einmaligen Beiträge am Montag, den 7. Februar, durch städtische Beamte und Angestellte, welche sich zu legitimieren haben, begonnen wird. Die Einziehung der laufenden Beiträge kann infolge der sehr erheblichen Vorkarben, die das Ausfällen und Ausschreiben der Quittungsarten verursacht, voraussichtlich erst Mitte oder Ende dieses Monats erfolgen.

Der Vorstand des Preussischen Städtetages wird im Laufe der nächsten Woche in Berlin zusammentreten, um über die Grundlagen und die Ausgestaltung des Besetzungswurfs wegen Errichtung von Schatzungsämtern und über die von den städtischen Hausbesitzern dagegen erhobenen Einwendungen im einzelnen zu beraten.

Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft oder nicht? Eine aus drei Personen bestehende Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die sich Hausgesellschaft Gutschkestraße nennt, hatte in der Gutschkestraße in Berlin in der Zwangsversteigerung ein Haus erworben. Sie war darauf vom Magistrat in Höhe von 8450 M. zur Umlagesteuer herangezogen worden. Sie klagte auf Freistellung und machte geltend, daß sie eine Gesellschaft gemäß § 10 der Berliner Umlagesteuerordnung sei und das in ihren Satzungen zum Ausdruck gebracht habe. Nach dem § 10 der Umlagesteuerordnung sind Gesellschaften, deren Satzungsmäßiger Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, minderbemittelten Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen und die noch andere, näher bezeichnete Bedingungen erfüllen, von der Umlagesteuer hinsichtlich der den Gesellschaftszwecken zuzuführenden Grundstücke befreit.

Der Magistrat bestritt, daß die Gesellschaft tatsächlich die Zwecke erfülle, wie sie § 10 der Umlagesteuer voraussetzt.

Der Bezirksauschuss stellte die Gesellschaft von der Steuer frei. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit der Begründung: Der Verwaltungsrichter habe nicht die Frage nachsprüft, ob die Gesellschaft ihre Satzungen tatsächlich befolge. Da die Satzungen der Gesellschaft allen Anforderungen des § 10 der Umlagesteuerordnung entsprächen, so sei die Gesellschaft mit Recht freigestellt worden. Nach dem Wortlaut des § 10 der Steuerordnung sei die Satzung entscheidend.

Eine neue Erholungsstätte im Norden. Der Magistrat beschloß in der gestrigen Sitzung die provisorische gärtnerische Herrichtung und Unterhaltung des bisher abgeschlossen gewesenen Wasserwerkgrundstücks an der Velforter Straße als Erholungsstätte für die Bürgerchaft. Die das Grundstück abschließenden Tore sollen geöffnet, ein Spiel- oder Vuddeplatz hergerichtet und einfache gärtnerische Schmuckanlagen geschaffen werden.

Hygienische Vorträge.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in diesem Jahre hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 10. Februar 1916, spricht in der 247./252. Gemeindefschule, Rigaer Str. 81/83, Herr Dr. E. Levin über das Thema: „Die geschlechtliche Ansteking und ihre Folgen.“

Am Freitag, den 11. Februar 1916, spricht in der 118./127. Gemeindefschule, Bankstr. 17, Herr Sanitätsrat Dr. Margoniner über das Thema: „Die geschlechtliche Ansteking und ihre Folgen.“

In Charlottenburg, in der 12. Gemeindefschule, Sophie-Charlotten-Str. 69/70, spricht am Mittwoch, den 9. Februar, Herr Dr. Ad. Vippmann über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung.“

In Berlin-Grig, in der 2. Gemeindefschule, Bürgerstr. 23, spricht am Montag, den 7. Februar, Herr Dr. M. Reil über das Thema: „Geschlechtskrankheiten im Kriege und Nachkommenschaft.“

In Berlin-Marieendorf spricht am Montag, den 7. Februar 1916, in der Aula des Gymnasiums, Kaiserstr. 17/21, Herr Dr. Raumann über das Thema: „Frauenkrankheiten, deren Verhütung und Heilung.“ (Nur für Frauen.)

In Berlin-Reinickendorf-Ost in der 1. Gemeindefschule, Lindauer Straße, spricht am Mittwoch, den 9. Februar 1916, Herr Dr. W. Müllerheim über das Thema: „Ernährungsfragen im Kriege.“ Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich abends 8 Uhr.

Anhaltender Rückgang des Havelwasserstandes. Die letzten schönen Tage, die uns Niederschläge erporten, haben sich im Wasserstand der Havel fühlbar gemacht, die allmählich gleichbleibende Abnahme zeigt. Die gestrigen Messungen erweisen einen Rückgang von 1—2 Zentimeter. In Sacrow beträgt der Rückgang 1 Zentimeter auf 2,08, in Potsdam 2 Zentimeter auf 1,94, in Marquardt 1 Zentimeter auf 1,80 und in Caputh 2 Zentimeter.

Die Berliner Feuerwehr hatte längere Zeit am Kottbuscher Damm 24 zu tun, wo in einem Keller Feuer ausgebrochen war, das an Hohlspannen schnell reichte Nahrung gefunden hatte, weshalb fräftig Wasser gegeben werden mußte. Ein Bodenbrand beschäftigte die Wehr in der Liebenwalder Straße 24, wo der Inhalt der Bodenverklänge und Immobilien in Flammen standen. Am Schiffahrtskanal nahe der Sandkrugbrücke, gegenüber dem Hamburger Bahnhof, war am Freitag ein mit Hafer beladener Kahn led geworden und drohte unterzugehen. Die Wehr pumpte das Wasser heraus und dichtete das Leck. Ferner hatte die Wehr in der Wiener Straße 56 und an anderen Stellen zu tun.

Kleine Nachrichten. Im Omnibus besohlen wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr auf der Fahrt durch die Friedrichstraße ein Offizierskoffervertreter. Ihm wurde auf der Strecke zwischen der Leipziger Straße und Unter den Linden aus der äußeren Paletottasche eine braunleberne Geldbörse entwendet, die drei Hundertmarkstücke, vier Zwanzigmarskstücke und mehrere fünf- und Zwanzigmarskstücke enthielt, außerdem noch mehrere goldene und silberne türkische Geldmünzen. — Das Opfer eines Straßenunfalles ist ein fünf Jahre alter Knabe Walter Schulze aus der Emdener Str. 14 geworden. Der Kleine wurde dort gestern vor dem ertlerischen Hause von einem Neblwagen überfahren und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus Moabit eine halbe Stunde nach der Aufnahme starb. — Eine Wande reisender Geldschrankschreiber, die von Berlin aus Streitzüge in die Provinz und das Königreich Sachsen machte, wurde von der sächsischen und der biesigen Kriminalpolizei aufgelesen und hinter Schloß und Riegel gebracht. Die Wande, die viele Tausend Mark erbeutete, bestand aus dem 84 Jahre alten Mechaniker Wilhelm Beckenbergs, einem 28 Jahre alten Schneider und Kneifer Paul Erbhardt, einem Arbeiter Alrich, einem Kneiferlehrling Fritz Brunner und einem Arbeiter Schlumanski. — An der Ecke der Niederbarnimstraße und Frankfurter Allee kam gestern abend ein Geldbriestragender beim Koppringen von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 70 zu Fall und geriet unter den Schutzrahmen. Zu seiner Befreiung mußte die Feuerwehr herbeigerufen werden. Der Verunglückte erlitt erhebliche Verletzungen.

Jugendweibe. Mädchen Wünschen entsprechend, ist die Jugendweibe endgültig am Sonntag, den 19. und 26. März 1916 festgesetzt worden (nicht wie ursprünglich bekannt gegeben 20 März und 2 April). Die Anmeldefrist bleibt die gleiche. Sämtliche Teilnehmer erhalten etwa zwei Wochen vor der Feier noch eine besondere schriftliche Einladung, in der alles Nähere angegeben wird.

Der Wintergarten hat seinem Programm eine einaktige Operette: „Die schöne Komdiantin“ von Eugen Burg und Louis Kauftein einberleibt. Kräulein Werkmeister als gewigte Wirtin bekommt es fertig, einen Weiberfeind, der von Herrn Spielmann prächtig geliebt wird, so einzumädeln, daß aus dem Saulein ein Paulus wird, der die Weiber, die er erst verfluchte, zuletzt besang. Eine einaktige Operette Lustig hierzu hat Herr Leo Ucker geschrieben. Die bekannte Kab-

Aus aller Welt.

Verstorbene Landwirte.

Bei der Nachprüfung der Bestandsaufnahme für Getreide und Mehl vom 16. November 1915 wurden in den sächsischen Ortsteilen Burgbad 370, Weitzberga 60, Döla 170, Rittersdorf 109 und Füllersbach 60 Zentner Roggen, Weizen und Mehl mehr vorgefunden, als nach den Angaben vorhanden sein sollten. Wie dem „Hannoverschen Anzeiger“ aus Stolzenau berichtet wird, hat eine Nachprüfung der Bestandsmeldungen vom 16. November 1915 alle, auch die schlimmsten Erwartungen übertroffen: nicht weniger als 33 000 Zentner Brotgetreide sind danach im Kreise Stolzenau verheimlicht worden!

Daß bei den erstmaligen Schätzungen Irrtümer mit unterlaufen konnten, ist zu verstehen. Daß die Schätzungen sich aber so weit von der Wirklichkeit entfernten, kann nicht mehr mit unbeabsichtigtem Irrtum entschuldigt werden; hier muß man unbedingt Vorsätzlichkeit annehmen und das würde es durchaus rechtfertigen, wenn man diesen verächtlichen Landwirten das Mehr an Vorräten einfach auf dem Wege der Konfiskation wegnehmen würde. Das würde für die Zukunft zu größerer Gewissenhaftigkeit mahnen.

Schwere Hochwasserschäden im Hamburger Landgebiet.

Die Sturmfluten, die Anfang Januar das gesamte Nordseegebiet heimsuchten, haben im Hamburger Landgebiet großen Schaden verursacht, über den erst jetzt ein Ueberblick gewonnen werden kann. Seit Weihnachten steht ein großer Teil von Vierlanden und der Hamburger Marsch unter Wasser; weite Strecken des Außendeichs und selbst des Binnenlandes sind andauernd überschwemmt. Das Hochwasser außendeichs steigt mit Flut und Ebbe, im Binnenlande steigt es seit fünf Wochen in gleicher Höhe. Die wenigen vorhandenen Entwässerungsmühlen reichen nicht aus. Für die überschwemmten Wiesen, Weiden und Ackerfelder ist kaum großer Schaden zu befürchten, wohl aber werden die mit Winterlaas bestellten Acker und das Gemüseland schwer getroffen. Das Wasser, das noch auf dem Felde stand, ist unter dem steigenden Wasserpiegel verschwunden, und wo etwa Grünkohl, Rosenkohl usw. aus dem Wasser hervorsticht, wird er, wenn nicht anders, mit Säuren herausgeholt. In der Hamburger Marsch stehen 800 Morgen des Dahlenwälder Binnenlandes seit langer Zeit völlig unter Wasser, alle Hausgärten sind vom Grundwasser überschwemmt.

Der Brand des kanadischen Parlamentsgebäudes hat doch mehr Schaden angerichtet, als nach den gestrigen Meldungen anzunehmen war. Das ganze Parlamentsgebäude, mit Ausnahme der Bibliothek und eines Teiles des westlichen Flügels, der erst vor kurzem errichtet worden war, wurde zerstört. Das Unterhaus verbrannte sich bis Montag. Im Feuer verloren zwei Frauen das Leben. Man vermutete von Anfang an, daß es sich um eine Brandstiftung handelte. Zur Zeit, als das Feuer ausbrach, befand sich im Lesesaal eine Frau, die erklärte, daß sie plötzlich eine Flamme aufstieigen sah und unmittelbar darauf die Leitungen in Brand standen. Sie hörte nur eine schwache Explosion, die aber doch kräftig genug war, um die Türen auf beiden Seiten des Saales aufzureißen. Die Feuerwehre wurde beim Löschen des Feuers durch den herrschenden Wind sehr behindert. Zwei Arbeiter und zwei Soldaten sind tödlich verunglückt. Ein Abgeordneter wird vermißt.

Wieder ein japanischer Dampfer gesunken. Reuters Bureau meldet aus Hongkong: Mittwoch nacht fand 80 Meilen von Swatow entfernt ein Zusammenstoß zwischen den Dampfern „Binju“ und „Daijin Maru“ statt. Der letztere sank. 21 Menschen wurden gerettet, 160 ertranken.

Parteiveranstaltungen.

Konowes. Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Singers Volksgarten“, Brückstr. 31, kleiner Saal, Verammlung mit folgender Tagesordnung statt: Kommunales, Straßennahme zur Beschäftigung über eine an die Gemeinde zu richtende Eingabe zwecks Beilegung der Mißstände beim Butter- und Kartoffelverkauf.

Jugendveranstaltungen.

Steglich-Friedenau. Sonntag, den 6. Februar, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Amiehofstr. 59, Stillungsfest, bestehend aus Regitationen, Wieder zur Raute, Weigenolo u. a.

Briefkasten der Redaktion.

W. G. Das ist mit Sicherheit nicht zu sagen. Wenn Sie den Kriegskrieg bekommen, steht dem Wechsel Ihrer Arbeitsstätte nichts im Wege. — 1880. R. M. Das können wir nicht wissen, das kann doch nur der Arzt konstatieren. — G. 100. und Nr. 20. Ihre Strafen sind gezahlt. — G. 2. 23. Reichen Sie Beschwerde beim Militärkommando des Regiments, Berlin, Klosterstr. 68, ein. Wenn der Vertrag durch Kündigung zur Auflösung kommt, müssen Sie die Wohnung räumen. — G. 24. 44. Rein. — G. 17. Ihre Unterstufung bleibt dieselbe. — G. 8. 10. Ja. — H. 17. 1. Ja. Sie können Entbindung beantragen. 2. Nein, wenn die Wöchnerin nicht selbst Mitglied einer Krankenkasse ist. — P. R. Nr. 1000. 1. Innerhalb sechs Wochen nach dem Tode. Sie erhalten Nachricht. 2. Ja, Sie könnten das Testament anfechten und Ihr Viskittel verlangen. 3. Das Geld wird nur unter Vorlegung eines Erbscheins ausgezahlt. — P. 2. Neukölln. Wenn Ihr Sohn Sie ganz oder überwiegend unterhalten hat, können Sie unter Vorlegung des Unterhaltungscheins, den Ihr Sohn einreichen muß, bei der zuständigen Steuerbehörde Unterstufung beantragen. — W. 24. Dan. 53. Beantragen Sie auf der Krankenkasse, Ihnen als Kriegervater ein Wohngeld in Höhe von 1 M. pro Tag zu zahlen; eventl. möchten Sie Beschwerde beim Versicherungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67, einreichen. — G. 6. 1878. Sie könnten einen Kauf- und Leihvertrag abschließen, der gestempelt sein muß. Dieser Vertrag kann aber von Ihrem Gläubiger als Scheinvertrag angefochten werden. — P. R. 145. Bei diesem geringen Verdienst wird Ihnen von der Unterstufung nichts gezahlt werden. — 54. A. 1., 2. und 3. Nein. 4. Ja. — R. 77. Ja. — Ref. 16. W. G. Darüber wird erst nach dem Kriege näheres zu erfahren sein. — H. J. Wenden Sie sich an die Geschäftsstelle des Arbeiter-Sängerbundes, Alex. Kaiser, Braunsberger Str. 43. Dort können Sie Adressen von Gehilfsdirigenten erfahren. — P. 24. 67. Sind verzeichnet im Berliner Adreßbuch, 2. Band, Teil 5, unter Wilmersdorf, Seite 478. — W. 6. 200. Darüber können wir leider nichts sagen. Wenden Sie sich an einen Vogelbändler oder Jäger. — Moabit 1889. Fleisig anknöpfen und lästern. Anwendung stark riechender Stoffe, Insektenpulver, Kampfer, Terpentinöl usw. — W. 13. Darüber könnten Sie wohl Auskunft erhalten beim Leiharbeiterverband, Andraasstraße 17. — A. 6. 1001. Zu erfragen beim Transportarbeiterverband, Engelauer 15. — G. 2. 75. Berlin O 54, Gormannstraße 13.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Montag mittag. Defflich der Ober zeitweise neblig, sonst vielfach heiter, im Westen überwiegend bewölkt, jedoch nirgends erhebliche Niederschläge. Im Mittag ziemlich mild, in der Nacht zum Montag aber meist milder Frost.

ist die Zunahme der leerstehenden Wohnungen bei den großen Wohnungen. Der Prozentsatz der leerstehenden bei Wohnungen mit 5 Zimmern 9,8 Proz., bei 6 Zimmerwohnungen 10,8 Proz., bei 7 Zimmerwohnungen 11,1 Proz., bei 8 Zimmerwohnungen 9,8 Proz. Geringes, nicht ausreichendes Angebot kleiner Wohnungen, übergroßes Angebot mittlerer und größerer Wohnungen darf man als das Gesamtergebnis der Zählung bezeichnen.

Weitere Maßnahmen in der Lebensmittelversorgung Neuköllns.

In der letzten Sitzung des Lebensmittelaußschusses der Neuköllner Kriegsnahrungskommission wurde bekanntgegeben, daß nach einem Erlaß des Ministers des Innern bei der zukünftigen Butterverteilung in erster Linie solche Gemeinden berücksichtigt werden sollen, die zur Regelung des Butter- und Fettverbrauchs Sperrenkarten über wöchentlich höchstens 125 Gramm Butter allein bezw. 250 Gramm Streichfette aller Art eingeführt haben. Demgemäß soll jetzt für die Stadt Neukölln eine Fettkarte nach obigen Grundrissen zur Einführung gelangen. Die Kommission beschloß u. a. den Ankauf von 30000 Wäskchen Schweinefleischkonserven und 200 Tonnen Holländer Heringe, die demnächst in den städtischen Verkaufsstellen an die Bevölkerung abgegeben werden. Der Preis für eine Büchse wird auf 1,50 M. festgelegt. In den nächsten Wochen soll ferner mit dem Verkauf von frischem Schweinefleisch zum Preise von 2,50 M. je Pfund begonnen werden. Die Verkaufspreise für Wirsing- und Weißkohl für die städtischen Verkaufsstellen müssen infolge der verteuerten Ankaufspreise erhöht werden. Dem Magistrat ist auf Antrag an den Regierungspräsidenten gestattet worden, schon jetzt einen Teil der Hülsenfrüchte aus der Ernte 1915 zur Verteilung zu bringen. Die Abgabe soll zusammen mit der Weisausgabe nach Lieferung der Hülsenfrüchte unter den früher festgesetzten Bedingungen erfolgen.

Jugendweiche in Neukölln.

Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, findet in den Passagen-Sälen, Bergstraße 151, die Jugendweiche statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß die Eltern oder Kinder aus der Landeskirche ausgeschieden sein müssen, um an der Feier teilnehmen zu können. Meldungen nehmen entgegen die „Vormärts“-Expeditionen Redarstraße 2 und Siegfriedstraße 28/29, sowie das Bureau des Wahlvereins, Redarstraße 2.

Kinderveranstaltungen in Neukölln.

Sonntag, den 18. Februar, mittags pünktlich 12 Uhr, findet in den Stern-Spielplätzen, Hermannstr. 49, eine Kinovorstellung statt. Eintritt für Kinder 5 Pf., für Erwachsene 15 Pf. Billets sind zu haben im Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 2, in der Expedition, Siegfriedstr. 28, an den Spieltagen in den Jugendheimen, bei Frau Kummel, Kaiser-Friedrich-Str. 88, Frau Lietz, Wildenbruchstr. 86, Frau Scholz, Weisestr. 23.

Städtische Lehrstellenvermittlung in Schöneberg.

Lehrstellen in Handel, Handwerk und Industrie sucht das Städtische Arbeitsamt, Grunewaldstr. 19, für die zu Ostern 1916 aus den Schöneberger Schulen zur Entlassung kommenden Knaben und Mädchen. Die Inanspruchnahme der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung ist von seiten der Eltern von Semester zu Semester gestiegen und wurde besonders vor den Familien zahlreich in Anspruch genommen, in denen die Mutter in Abwesenheit des Vaters die verantwortungsvolle Berufsentscheidung mit ihrem Kinde zu treffen hatte. Um den Nachfragen gerecht werden zu können, bedarf es reger Mithilfe der Lehrherren und der Angabe einer genügenden Anzahl geeigneter Lehrstellen in allen Berufen. Nur dadurch wird verhütet, daß die Kinder bei Nichtvorhandensein passender Lehrstellen die erbste ungelernete Arbeit ergreifen. Die Berufsberatung sorgt dafür, daß nur solche Lehrlinge empfohlen werden, die nach dem Urteil des Schularztes und Lehrers die körperliche und geistige Eignung zu dem betreffenden Berufe besitzen. Die Vermittlung ist kostenlos. Aufgabe der Lehrstellen kann jederzeit telephonisch — Amt Nollendorf 230/231 — erfolgen.

Kartoffelverkauf in Britz.

Auf dem Lagerplatz der Gemeinde in der Gannemannstraße findet wöchentlich von 8—12 Uhr ein Verkauf von Kartoffeln in Mengen von 10—20 Pfund statt. Günstige dafür sind gegen Bezahlung des Höchstpreises von 4 Pf. für das Pfund im Rathaus, Zimmer Nr. 3, zu haben.

Aus der Adlershofer Gemeindevertretung.

Für die zum Heeresdienst eingezogenen Genossen Jabel und Klotz werden die Genossen Wütnner und Müller in den Kanalisationsauschuss gewählt. Für den Armenauschuss wurden Frau Lucht und Genossin Neumann wiedergewählt. Der Wächter der Anschlagssäulen hatte gebeten, ihm den Postkasten, der jährlich 800 Mark beträgt, während der Zeit des noch bevorstehenden Krieges zu erlassen. Verschlössen wurde, diesem Wunsche nicht zuzustimmen.

Ferner wurde beschlossen, die Gemeindefuhrhalle bis auf weiteres zu schließen, da Reparaturen des Fußbodens vorgenommen werden müssen und die Halle zur Aufbewahrung von Kartoffeln benutzt werden soll. Der Gemeindevorsteher gab sodann noch bekannt, daß die Wurfwaren ausverkauft sind. Bezugscheine für Reis und Hülsenfrüchte können nur der minderbemittelten Bevölkerung mit einem Einkommen unter 2400 M. verabfolgt werden. Petroleum sei genügend vorhanden.

Ein Gemeindevorsteher fragte an, ob der Herr Gemeindevorsteher nichts dagegen unternehmen könne, wenn Verkäufer oder Verkäuferinnen, die die von der Gemeinde gelieferten Waren verkaufen, das Publikum groß und ungebührlich behandelten.

Der Gemeindevorsteher gab zur Antwort, daß seine Befugnis soweit nicht gehe. Wenn Frauen oder Käufer roh behandelt würden, oder beleidigende Ausprägungen ihnen zugerufen würden, so sollten sie von dem Recht der Klage Gebrauch machen, oder den nächsten Beldarm davon in Kenntnis setzen.

Lebensmittelversorgung in Köpenick.

Durch Vermittlung des Magistrats sind bei den Händlern mit gelben Plakaten jetzt wieder Heringe zu haben. Die festgesetzten Verkaufspreise für holländische Wollheringe sind wie folgt festgelegt: kleine Sorte 2 Stück 35 Pf., mittlere Sorte 1 Stück 20 Pf. und größere Sorte 2 Stück 45 Pf. Gegen Vorzeigung der Brotkarte wird wöchentlich 1/2 Pf. Reis abgegeben. Der Preis für Brudreis beträgt 25 Pf. pro Pfund und für Mangoonreis 45 Pf. Weiter ist hinreichend für Kartoffeln gesorgt. Da die Stadt jedoch Zuschüsse für den Verkauf von Kartoffeln leistet, besteht für den Magistrat das Interesse, daß die städtischen Kartoffeln nur an Köpenicker Einwohner verabfolgt werden. Demzufolge können Kartoffeln nur gegen Vorzeigung der Brotkarte verkauft werden. Für Pferdehalter, welche sich bis 5. Februar einen Bezugschein besorgt haben, ist bis zum 27. Februar Reis abzugeben und zwar pro Pferd 3 Pfund täglich zum Preise von 25,50 M. für den Zentner.

fahrergruppe Kaufmann zeigt, daß sie auch auf dem Rollschuh zu Hause ist. Tänze auf dem Drahtseil könnte man den Drahtseiltänzer der 4 Versa betiteln, so exakt und elegant beherrschten die Künstlerinnen das Seil. Viel Spaß machen die radfahrenden Affen Rog und Moritz. Daß man aus Sand — natürlich aus verschiedenen Farben — herrliche Landschaften malen kann, zeigt uns die Sandmalerin Wilma. Eine Tanzkünstlerin von Ruf ist Clotilde von Derp. Alles in allem kann das Programm des Wintergartens sich sehen lassen.

Aus den Gemeinden.

Kriegswohlfahrt und Lebensmittelversorgung in Charlottenburg.

Während der anderthalb Kriegsjahre haben die Maßnahmen der Stadt Charlottenburg für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln einen ständig wachsenden Umfang angenommen. Den Hauptteil daran hat die Versorgung mit Mehl und Brot, die ganz den Gemeinden übertragen ist. Bis zum 31. Januar 1916 wurden seit Kriegsbeginn von der Stadt Charlottenburg rund 102 000 Doppelzentner Roggenmehl und 77 000 Doppelzentner Weizenmehl angekauft. Um die durch die Bundesratsverordnung vorgeschriebene Brotstreckung durch Zufug von Kartoffeln oder daraus gewonnenen Fabrikaten durchzuführen zu können, sind im ganzen 14 000 D. Trockenkartoffelfabrikate bezogen und an die Verbraucher verteilt. Die Ausgaben für Mehl und Kartoffelfabrikate haben bis zum Schluß des verflossenen Monats den Betrag von 11 1/2 Millionen M. erreicht. Von sonstigen Lebensmitteln wurden an Fleischwaren 677 000 Pfund und an Schweinefleisch 594 000 Pfund bezogen. Allein in der letztverflossenen Woche sind 70 000 Pfund Schweinefleisch an die Bevölkerung abgegeben worden. Die gesamte Fleischversorgung erforderte eine Ausgabe von 1,6 Millionen Mark. Die von der Stadt für ihre Einwohner bezogenen Kartoffeln kosteten rund 7 Millionen Mark. Ferner wurden für Hülsenfrüchte, Reis und Grauen 400 000 M. verausgabt; im Monat Januar wurden an die Charlottenburger Einwohner 290 000 Pfund Reis abgegeben. Eier (bisher 660 000 Stück) verursachten eine Ausgabe von 120 000 M., Margarine 10 000 M., Marmelade 50 000 M., kondensierte Milch 8000 M.; die Versorgung mit Seefischen und Heringen beanspruchte 170 000 M., so daß die Ausgaben der Stadt Charlottenburg für Lebensmittel während der Kriegszeit sich auf 15 Millionen Mark belaufen.

Kaum geringere Ziffern als die Lebensmittelversorgung weist die Kriegszufuhr auf. An die Kriegsfamilien wurden gezahlt 12 1/2 Millionen Mark, und zwar Vorunterstützungen 9 Millionen Mark und Mietbeihilfen 3 1/2 Millionen Mark. Hierin sind eingeschlossen die nach dem Kriege vom Reich zu erstattenden Sätze in Höhe von 5 1/2 Millionen Mark, so daß von der Stadt zu tragen wären 7 Millionen Mark. Ferner wurden für Kriegsfamilien verausgabt 95 000 M. für Lebensmittel und sonstige Naturalien, 25 000 M. für Verabreichung von Milch, 5000 M. für verarbeitete Feuerungsmaterialien, 100 000 M. für Gewährung von Kleidern und Stiefeln, 150 000 M. für Speisungen, 80 000 M. sind an verschiedene Wohlfahrtsvereine für Mehraufwendungen gezahlt worden. In der letztvergangenen Woche allein haben 8000 Speisungen in Charlottenburg stattgefunden. Für ärztliche Versorgung der Kriegsfamilien sind 20 000 M. aufgewendet worden. Den Familien gefallener Krieger, von denen 123 zum Kreise der städtischen Verwaltung gehören, sind Hinterbliebenenbezüge angewiesen worden; 643 Kriegswitwen und 807 Kriegervätern haben an dieser Wohltat teilgenommen. Für Flüchtlinge sind 35 000 M. Reichsunterstützungen und 7 000 M. sonstige Unterstufungen gewährt worden. Für Nichtkriegsteilnehmer und deren Familien wurde 1/2 Million Mark aufgewendet, wovon 300 000 M. auf Unterstufungen und 200 000 M. auf Mietbeihilfen kommen. Die Anfang Oktober 1915 eröffnete Heimarbeitenausgabestelle hat bisher 700 Näherinnen und 300 Strickerinnen Arbeit gegeben.

Die Ergebnisse der Charlottenburger Wohnungszählung.

Ueber die Lage des Wohnungsmarktes erstattet das Statistische Amt der Stadt Charlottenburg auf Grund einer Zählung der leerstehenden Wohnungen im Oktober 1915 einen eingehenden Bericht. Das Interesse für die Wohnungsfrage der Großstädte ist wieder in den Vordergrund getreten, namentlich in Groß-Berlin, wo die Erinnerung an die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse nach dem Kriege 1870/71 noch wach ist. Soweit die Ansichten darüber auseinandergesetzt, wie sich die Groß-Berliner Wohnungsverhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, so ist man sich doch darüber einig, daß es unbedingt notwendig ist, sich dauernd ein klares Bild über die Verhältnisse auf dem Wohnungs- und Bauplatz zu verschaffen. „Mehr noch als sonst“ sagt der Bericht, „empfinden wir dabei das Fehlen gleichzeitiger, nach gleichen Grundrissen veranstalteter Leerwohnungs-zählungen in allen Groß-Berliner Gemeinden. Es ist allerdings in höchstem Grade zu bedauern, daß es zu solchen Zählungen in Groß-Berlin bisher nicht gekommen ist. Daß sie durchführbar sind, kann nicht bestritten werden, haben sich doch die wichtigsten Groß-Berliner Gemeinden bisher sogar zu einem einheitlichen Vorgehen bei den Zählungen, alle fünf Jahre in Verbindung mit der Volkszählung stattfindenden allgemeinen Wohnungszählungen zusammen gefunden. Das Fehlen einheitlicher Leerwohnungs-zählungen wird in allen interessierten Kreisen als eine große Lücke empfunden. Hoffentlich führen die Bestrebungen, diese Lücke auszufüllen, die bereits eingeleitet sind, bald zu einem Erfolg.“

Die Zählung ergab für Charlottenburg 3318 leerstehende Wohnungen, d. h. 4,6 Proz. des Gesamtbestandes. Man muß bis auf die Jahre 1909 und 1910 zurückgehen, um eine gleich hohe Zahl leerstehender Wohnungen festzustellen. Seit der Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Krieges haben sich die Verhältnisse sehr stark geändert. Im Juni 1914 standen nur 1623 (2 Proz.) Wohnungen leer, Oktober 1914 schon 2062 (3,7 Proz.); also seit Ausbruch des Krieges hat die Zahl der leerstehenden Wohnungen ständig, und zwar nicht unerheblich zugenommen. In den einzelnen Wohnungsgrößenklassen liegen die Verhältnisse sehr verschieden. Bei den kleinen Wohnungen von einem Zimmer und Küche und zwei Zimmern haben innerhalb des letzten Jahres die leerstehenden Wohnungen zugenommen. Oktober 1914 wurden 906 leerstehende Wohnungen von einem Zimmer mit Küche gezählt, Oktober 1915 nur noch 147, d. h. 2 bezw. 1 Proz. Auch leerstehende Wohnungen von zwei Zimmern wurden Oktober 1914 erheblich mehr festgesetzt, 790 (3 Proz.) gegen 567 (2,1 Proz.) im Oktober 1915. Der Prozentsatz leerstehender Kleinwohnungen bleibt also erheblich zurück hinter das als normal angenommenen Satz von 3 Proz. Der Bericht findet die Erklärung darin, daß eine erhebliche Zahl von Haushaltungen unter dem Druck der Verhältnisse aus größeren Wohnungsklassen in die Kleinwohnungen abgewandert ist. Damit stimmt überein die Zunahme der leerstehenden mittelgroßen und großen Wohnungen. 3 Zimmerwohnungen haben vom Juni 1914 bis Oktober 1915 eine Zunahme erfahren von 264 (1,6 Proz.) auf 876 (5,6 Proz.), 4 Zimmerwohnungen von 256 (3,2 Proz.) auf 376 (8,2 Proz.) Noch stärker

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- und Tapezierermeister
Albert Gleiser G.M. Alexanderplatz
 Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Private als Spezialität:
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

In jeder Holz- und Stahlarbeit, nur erstklassiger Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen.
 10 Jahre Garantie. Schlafzimmer: M. 183, 219, 270, 326, 428, 532 bis 3500. Beste Verarbeitung.
 Speisezimmer: M. 296, 333, 426, 505 bis 4000 | Wohnzimmer: M. 242, 369, 429, 543 bis 2500
 Herrenzimmer: M. 209, 328, 487, 550 bis 3000 | Neuzeitl. Küchen: M. 51, 58, 75, 93 bis 450
 Ständiges Lager von ca. 500 Einrichtungen. Enorme Auswahl bis zum Auslesenkosten.
 Illustrierter Katalog mit Referenzliste gratis. Franklieferung durch ganz Deutschland direkt
 ab Fabrikgebäude. Einzelmöbel ohne Probezahlung!